

Die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiter selbst sein!

Deutschland in der Führungsrolle für Europa: die neue Multipolarität?



Adbustingaktion gegen Bundeswehrwerbung 2021, Berlin, Bild: Aktionsbündnis tob21.noblogs.org

Das politische Umfeld, in dem der Westen als Ganzes steht, hat sich während des letzten Jahrzehnts einschneidend verändert. Die politische Klasse in Deutschland hat lange Zeit darauf nur reagiert, selbst wenn unablässig getrommelt wird: „wir“ müssen uns selbst verteidigen, „wir“ müssen ein Player werden, der von den anderen Machtzentren der Welt respektiert wird. Si vis pacem, para bellum. (Wenn du Frieden willst, bereite [dich auf] den Krieg vor.) Der Grundsatz der alten Römer, der – nebenbei bemerkt – schon in der Antike eher suboptimal funktioniert hat, erlebt eine weitere Wiedergeburt unter dem zeitgemäßerem Diktum, man dürfe nicht mehr naiv sein und müsse sich der neuen Realität stellen. Denn der Feind stehe, wie soll es anders

sein, im Osten und warte nur auf die Schwäche und Uneinigkeit Europas. Dann komme er, der Russe, und ma-

che unserer Freiheit und Demokratie den Garaus.

Fortsetzung auf Seite 3

Inhalt

Deutschland in der Führungsrolle für Europa: die neue Multipolarität?	1
Ein Jahr Große Koalition	6
Die USA (und Israel) im Krieg gegen den Iran	11
Kontroversen um das Atomprogramm	13
Chile; Die deutliche Niederlage, Teil 2	18
Die Wahlen in Großbritannien	25
Briefe an die Redaktion	26
Impressum	2

In eigener Sache

Da sage noch einer, dass der Kapitalismus US-amerikanischer Prägung in der Krise sei. Mindestens einer wird dies mit Verweis auf sein frisch gefülltes Bankkonto berechtigterweise abstreiten: Elon Musk. Er weitet seinen Vorsprung im Rennen der Phantatrilliardäre aus, Dagobert Duck erblasst vor Neid.

Die deutschen Leitmedien durchfährt ein wohliges Schaudern, wenn sie über den Rekordbörsengang von Musks SpaceX Weltraum-/ Raketen- und Satellitenklitsche berichten. 75 Milliarden US-\$ seien am 12. Juni eingeworben worden, betonen sie ehrfürchtig. Da mag der Chef ein Faschist erster Güte sein – egal. Da mag die Besitzkonstruktion der Firma, unabhängig von der verkauften Anzahl an Aktien, allein auf Musk zugeschnitten sein – egal. Viel wichtiger ist den Berichterstattern doch, dass er jetzt der erste Mensch auf Erden ist, dessen Besitz mehr als 1000 Milliarden US-\$ beträgt. Dass Milliarden von Menschen ohne Vermögen oder mit Schulden existieren müssen – auch das ist und bleibt in diesem System egal.

Das kapitalistische System richtet nicht nur geistige Verwüstungen an. Andere kommen dazu. So erweisen sich Kriege offen und unverblümt als Mittel zur Steigerung der Profite. Der zurzeit regierende US-Präsident, dessen Entourage und der Regierungskumpen Netanjahu aus Israel verdienen sich (mit „Insiderwissen“) Milliarden an der Börse, am beschlagnahmten oder einfach gestohlenen Erdöl. Sie verdienen Milliarden an Millionen menschlicher Opfer, die Herrschaft des Kapitalismus ist zur Herrschaft der Kapitalisten (nicht zu vergessen, auch der Kapitalistinnen) geworden. Die hässliche Fratze ist eine gewöhnliche, weit verbreitete Erscheinungsform der Gegenwart.

Wir wollen und werden weiterhin unseren kleinen Beitrag leisten, dass die Systemfrage auf die Tagesordnung kommt. Denn da gehört sie hin.

Unser Münchener Seminar war erneut ein wichtiger Bezugspunkt, wo sich Arstimitglieder und uns nahestehende GenossInnen austauschen konnten. Die Themen waren breit gefächert und an der unmittelbaren Aktualität ausgerichtet. Aspekte der deutschen Politik standen an beiden Tagen zur Debatte. Die sozialpolitischen Veränderungen in Deutschland stellten einen Schwerpunkt dar, noch wichtiger die notwendige Gegenwehr und die bisher sehr mickrige Rolle, die die Gewerkschaften einnehmen.

Eine „Neuaufstellung“ politischer Prämissen erlebt, trotz kleinerer Rückschläge, auch die Frage, inwieweit Deutschland die

eigene Forderung nach Multipolarität in der Welt ausfüllen will. Die Schlüsselrolle, die das Konzept Europa dabei spielt, steht im Mittelpunkt. In diesem Zusammenhang wird auch die Aufrüstungsmanie in Deutschland kritisch gewürdigt.

Der Blick auf die internationale Lage hatte sehr rasch seinen Schwerpunkt gefunden: den Krieg gegen den Iran. Daraus entstanden zwei Beiträge in dieser Nummer: einmal die Situationsbeschreibung der Kriegslage selbst, soweit die spärlichen Einblicke dies zulassen. Zum zweiten eine kurze Darstellung des iranischen Atomprogramms, das offiziell als ein wesentlicher Kriegsgrund ausgerufen worden war. In der Folgenummer der Arbeiterstimme im Herbst werden wir das Gesellschaftssystem der Islamischen Republik näher betrachten.

Die Rechtsentwicklung in Südamerika wurde mit dem wichtigen Hinweis versehen, dass sie nicht einheitlich erfolgt. Neben manchen Gegentendenzen sieht der Referent die Durchsetzung rechter Regierungen der Auseinandersetzung der USA mit China im mittel- und südamerikanischen Raum untergeordnet. In dieser Nummer wird der aktuelle Rechtsruck bei den chilenischen Präsidentschaftswahlen dargestellt. Damit ist die zweiteilige Artikelfolge zu diesem Thema abgeschlossen.

Das Regime der Mullahs sollte beseitigt werden. Jetzt sieht es aber so aus, dass das Regime Starmer in Großbritannien noch schneller fällt. Darum, kurz vor Schluss noch eine kurze Bestandsaufnahme der Regierung Starmer nach dem Labour-Untergang bei den britischen Regionalwahlen.

Unsere Rubriken Buchbesprechungen und Diskussionen sind dieses Mal gut gefüllt. Eine Besprechung der „Matrix der Arbeit“, einem wichtigen Standardwerk des Instituts für die Geschichte und Zukunft der Arbeit, das eine umfassende Datensammlung zum Thema bereitstellt, weist zu Recht auf deren Bedeutung für die Analyse hin.

Zur Besprechung der Untersuchung des Antisemitismus-Begriffes in der letzten Nummer gibt es eine Reaktion aus der Leserschaft.

Die Frage nach dem Klassencharakter der deutschen Revolution nach dem Ersten Weltkrieg, die bereits eine Zuschrift auslöste, wird dieses Mal mit zwei weiteren Wortmeldungen ergänzt.

Vor einigen Tagen verstarb Jean Ziegler in Genf. Wir haben seine Arbeit sehr geschätzt, weil er einer der wenigen war, der – trotz aller sonstigen Unterschiede – nie aus dem Auge verloren hat, was das Grundübel der Gegenwart darstellt: das kapitalistische System. Als UNO-Sonderberichterstatter für

das Recht auf Nahrung lastete er zu Recht jeden verhungerten Erwachsenen, jedes vor Hunger sterbende Kind dem Kapitalismus an, der einerseits die technischen und sonstigen Mittel für ein auskömmliches Leben aller bereitstellen kann, andererseits davon profitiert, dass er über 10% der Weltbevölkerung diese Lebensmittel vorenthält. Mit großem Respekt vor seiner Lebensleistung nehmen wir Abschied.

Es bleibt dabei: wir sind davon überzeugt, dass unsere Positionen, die wir uns erarbeiten, für eine linke Bewegung in Deutschland, wenn es sie einmal geben wird, Denkanstöße und Hilfestellungen anbieten können. Deshalb bitten wir Euch, Leserinnen und Leser, uns zu helfen, unser Projekt weiterhin zu verfolgen. Der beiliegende Überweisungsträger sollte alle noch einmal an die Dringlichkeit erinnern, uns finanziell zu unterstützen.

Diskutiert unsere Inhalte, gebt uns Rückmeldungen.

Unterstützt uns, wir sind darauf angewiesen.

Beachtet bitte bei euren Überweisungen die Neue Bankverbindung

Arbeiterstimme

Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis

Impressum:

Verantwortlich im Sinne des Presserechts:
M. Derventli, Bucherstr. 20
90408 Nürnberg
Druck: Eigendruck im Selbstverlag.
Zuschriften: Arbeiterstimme
Postfach 910307, 90261 Nürnberg
redaktion@arbeiterstimme.org

**Bankverbindung: Münir Derventli, GLS-Bank
IBAN: DE70 4306 0967 1353 5653 00
BIC GENODEM1GLS**

Die Arbeiterstimme erscheint viermal im Jahr. Abonnement und Geschenkabonnement kosten 13,- € (einschließlich Versandkosten). Über Förderabonnements (ab 20,- € aufwärts) sind wir sehr erfreut. Den Betrag bitten wir, jeweils am Jahresanfang zu überweisen. Rechnungserstellung erfolgt aus Kostengründen in der Regel nicht, sondern nur auf Wunsch. Die Abonnements können zum Jahresende gekündigt werden. Falls die Bezahlung des Abonnements eine Belastung darstellt (z. B. aus sozialen Gründen), schicken wir die Arbeiterstimme auch kostenlos zu. An Tausch-Abos mit anderen Zeitschriften sind wir interessiert, bitte schickt uns ein Probeexemplar. Die inhaltliche Mitarbeit bei der Arbeiterstimme ist erwünscht: Die Redaktion behält sich aber das Recht vor, Artikel abzulehnen, zu ändern oder zu kürzen. Leser*innenbriefe geben nicht Meinung der Redaktion wieder.

Abgesehen von den wiederkehrenden, offenbar unausrottbaren Ressentiments gegen Russland steckt in dieser Selbstermächtigung bereits das neue Rollenverständnis der deutschen Politik. Das ist in seinen Grundzügen maximal zwanzig Jahre alt und erlebt seine schönste Blütenbildung mit den Amtszeiten des gegenwärtigen US-Präsidenten.

Deutschland will der ökonomischen Weltgeltung weitere Weltspitzenpositionen zuordnen, sei es in der (Außen-)Politik, der Behauptung und dem Export der eigenen Werte und Grundsätze und dem militärischen Ausbau des eigenen Geltungsanspruchs.

Eine wesentliche Grundlage für den störungsarmen Ausbau deutscher Weltgeltung stellen die Berufung auf Europa und die Rückversicherung bei dessen Institutionen dar.

Europa – die deutsche Erfolgsformel

Wenn von „Europa“ nach dem Verständnis aller deutschen mehrheitstragenden Parteien die Rede ist, ist damit ein politischer Begriff gemeint. Allem voran die EU, dazu kommen die assoziierten Nachbarländer plus, seit der Starmer-Regierung verstärkt, Großbritannien. Die EU-Bewerberstaaten des Balkans werden schon weniger häufig und weniger prominent zu Europa gezählt. Bei Serbien oder der Türkei, beides immerhin Kandidaten für die EU-Mitgliedschaft, wird zumeist ihre Ferne von Europa thematisiert. Die Ukraine, obgleich von offiziellen, konkreten Gesprächen über eine Mitgliedschaft in der EU meilenweit entfernt, ist das Parade-Europa-Land schlechthin. Wenn gegenwärtig unsere Werte und unsere Freiheit verteidigt werden, dann durch die ukrainischen Soldaten.

Nicht-Europa hingegen ist in jedem Fall Russland, der Präsident genauso wie sein Volk. Nicht-Europa ist ebenso Belarus, regierungsseitig sowieso, nur wenn Lukaschenkos Volk auf die Straße geht, um gegen ihn zu demonstrieren, dann blitzt kurzzeitig in politischen Statements die Zugehörigkeit zu Europa auf.

Dieses Verständnis von Europa stellt nicht mehr den gemeinsamen Kontinent in das Zentrum, betont nicht länderübergreifende Prägungen durch Geschichte, Kultur oder

andere tatsächliche oder behauptete Ähnlichkeiten.

Europa ist ein Kampfbegriff geworden, der die Länder dazugehören lässt, sie aber auch vereinnahmt. Oder Länder werden ausgeschlossen, der Weg zur militärischen Feindschaftserklärung ist verdammt kurz.

Mit Abstand zu den Partnerländern profitiert Deutschland am meisten von dieser übernationalen Konstruktion, nicht zuletzt die völlige Freiheit des innereuropäischen Warenverkehrs sorgt für kräftige Handelsbilanzüberschüsse, sichert Arbeit und Einfluss. Dies alles hat einen plumpen Deutschnationalismus bislang überflüssig gemacht. Die seit einigen Jahren wieder vernehmbar angewachsenen nationalen Töne haben ihre Ursache darin, dass das jetzige Europa-Modell an seine institutionellen, militärischen und finanziellen Grenzen gestoßen ist. Vor den Problemen soll aber zuerst von den Vorzügen aus der Perspektive Deutschlands die Rede sein. Nach dem Beschluss der Deutschen Einheit war der Streit um die Führungsrolle in der Gemeinschaft entschieden. Frankreich war und ist der Zweite Sieger. Anfänglich legte jede deutsche Regierung Wert darauf, die besonderen Beziehungen zu Frankreich zu betonen. Regierungskonsultationen, Treffen der Staatsechefs und -chefinnen, mehrere politische Formate, denen Deutschland selbstverständlich mit Frankreich angehörte, sollten das französische Grummeln über den eigenen Bedeutungsverlust zum Schweigen bringen.

Nach der großen Osterweiterungsrunde der EU 2004 wurde das Verhältnis der beiden Nationen allmählich „normalisiert“, Deutschlands Blick richtete sich auf die osteuropäischen Mitgliedsländer, die neben einer neuen wirtschaftlichen Blüte auch einen anwachsenden politischen Einfluss versprochen. Frankreich ist nach wie vor wichtig für die deutsche Europapolitik, es ist aber nicht mehr ausschlaggebend. Mehrheiten lassen sich auch woanders finden, wenn's denn sein muss.

In diese strategischen Überlegungen wird sicherlich auch ein möglicher Regierungswechsel hin zum Rassemblement National im nächsten Jahr einbezogen werden. Die Veränderung, die eine rechte Regierung Frankreichs für die EU und in erster Linie für

Deutschland bedeuten würde, wäre unangenehm. Der Umgang der wirtschaftlichen und politischen Schwergewichte untereinander würde die Geschmeidigkeit nach außen verlieren, manche Interessensunterschiede müssten offener ausgetragen werden. Aber im Kern bliebe auch unter den neuen Voraussetzungen eines unverrückbar: die finanzielle Dominanz Deutschlands in Europa besteht weiter, die massiven Verschuldungsquoten Frankreichs, seine höheren Zinsen auf den Kapitalmärkten, der versperrte Ausweg über Eurobonds, sich zu gemeinsamen Bedingungen zu verschulden, disziplinieren jede Regierung enorm, auch jede zukünftige. Die deutsche Kontrolle der Europäischen Zentralbank, unabhängig von der jeweiligen Präsidentin, bleibt bestehen, bezieht weitere Mitglieder der EU in den Euroraum ein und unterwirft sie der deutschen Währungspolitik. Sollten die Auseinandersetzungen der Großmächte künftig ihre Währungen zum Kampfmittel machen, um Zahlungsströme zu verhindern, würde der Euro in diesem Sinne nachgerüstet werden.

Noch ist die Realität ein Stück davon entfernt, real ist aber, dass sowohl die politische als auch die wirtschaftliche Entwicklung Europas sich nach Deutschland ausrichtet, ohne dass Deutschland seine Interessen explizit gegen die anderen Mitglieder durchsetzen muss. Alle Maßnahmen dienen der europäischen Entwicklung, seiner Verteidigung, seiner Wirtschaftsentwicklung. Die Lehre aus den zwei Weltkriegen besteht eben auch daraus, die Nachbarn nicht mehr mit Krieg zu überziehen, um die Führung in Europa zu übernehmen. Stattdessen ist gerade das Europa-Ticket die Lösung der Probleme einer verhinderten Großmacht Deutschland.

So herrlich weit weg vom früheren Nationalismus und seinem wohlbekannten Herrschaftsdenken präsentiert man sich als Mustereuropäer. Und sollten mal Strafaktionen und Verarmungsprogramme (wie z.B. gegen Griechenland) durchgesetzt werden müssen, können immer Sachzwänge angeführt werden. Wie bei der Bild-Zeitungskampagne gegen die „faulen Griechen“ sind aber die unschönen Ausläufer bei der Durchsetzung der Sparprogramme nicht ganz zu vermeiden.

Ja, der hässliche Deutsche soll ein für allemal der Vergangenheit angehören und wenn bei allem Vorbild- und Hilfsgetue auch noch die stärkste Wirtschaftsmacht Europas dabei rumkommt, dann hat man sich das doch verdient.

Dass bei diesen, häufig impliziten, Vorteilen das System Europa aus deutscher Sicht optimiert werden könnte, hat mit den Erfahrungen der letzten Jahre zu tun. Der Einbehalt von Fördergeldern, der die Einheitlichkeit der demokratischen, liberalen bis neoliberalen und auf die Freiheit der Handelsbedingungen zielenden Institutionen durchsetzen soll, funktionierte zuletzt ganz passabel und führte zu Regierungswechseln in Polen und Ungarn. Allerdings ist der Osten Europas und mit ihm die weit verbreitete Armut und Perspektivlosigkeit noch größer und die rechtsradikalen Regierungsversuche häufen sich. Als Gegenmittel dazu gerät das in den Europäischen Verträgen vereinbarte Einstimmigkeitsprinzip in den Fokus der deutschen Politik. Unter dem Diktum, dass Europa handlungsfähig sein müsse, wird die Einstimmigkeit im Rat als Problem markiert. Von allen EU-Politikfeldern ist damit besonders die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik berührt, dazu kommen der Beschluss über den Beitritt neuer Mitglieder, der EU-Haushalt, Steuerfestlegungen und sozialpolitische Fragen. Es war und ist zu beobachten, dass die deutsche Regierung schnellere Beschlüsse bei allen Sanktionsfragen, bei der Kriegsfinanzierung und den Waffenlieferungen, bei allen taktischen Verfahren gegen Russland bevorzugt, während es andere Partnerländer mit den teuren Beschlüssen nicht so eilig haben.

Das würde die Rolle Deutschlands noch einmal erkennbar aufwerten, wenn es einem vereinheitlichten Europa die Richtung auch in der Rüstungsfrage geben könnte. Noch ist es nicht so weit, und Deutschland muss sich vorerst damit begnügen, Richtungsentscheidungen mit Mehrheiten durchzudrücken oder die Kommission unter Druck zu setzen (Beispiel: das Aus vom Verbrenneraus). Nicht immer gelingt das (Beispiel: die Verzögerung des MERCOSUR-Abkommens gegen die Interessen der deutschen Exportwirtschaft). Nebenbei bemerkt: wie selbstverständlich gin-

gen die deutsche Regierung als auch die Medienlandschaft davon aus, dass alle deutschen EU-Abgeordneten gefälligst für die deutschen Interessen zu stimmen haben, die in diesem Fall von den Großkonzernen der Automobilindustrie vorgegeben wurden. Grüne Bedenken wurden einfach untergepflügt.

Jedenfalls sollte der Verzicht auf Einstimmigkeit nicht nur Peinlichkeiten verhindern, die beispielweise darin bestanden, bei Abstimmungen Orbán aufs Klo zu schicken.

Gerade der europäische Anteil der fortschreitenden Aufrüstung sollte mit mehr Planungssicherheit ausgestattet werden, um Fähigkeitsziele schneller zu erreichen.

Insoweit ist diese Veränderung ein Ziel, das besonders die großen und technologisch bestimmenden Mitgliedsländer miteinander teilen. Ob dies ausreicht, die gemeinsamen Verträge zu verändern, muss sich mittelfristig zeigen. Die kleinen Mitglieder verlieren immerhin ihr Vetorecht in einigen Punkten, ohne Ersatz zu bekommen. Gegen Mitgliedsstaaten ab vierzig Millionen Einwohnern, die sich einig sind, gibt es keine Alternativenentscheidungen und die vielen Mitgliedsländer mit höchstens zehn Millionen sind nur mehr Stimmvieh.

Allzu forsches Auftreten empfiehlt sich nicht bei der Werbung um eine „effektivere“ Lösung im europäischen Sinne, das würde nur die Pferde scheu machen. Aber für ein rein defensives, vage formuliertes Vorgehen besteht auch kein Anlass. Schließlich sind Schlüsselpositionen der EU entweder deutsch besetzt (Von der Leyen, EVP-Partei- und Fraktionsvorsitzender Weber) oder deutsch beeinflusst (Lagarde, der (u.a.) ein deutscher Stellvertreter zugeordnet ist).

Die Welt ist größer als Europa

Wenn man die US-Außen- und Wirtschaftspolitik einen Moment zurückstellt, sieht man, dass die Verknüpfungen Deutschlands (und Europas) mit anderen Wirtschaftsräumen intensiver geworden sind. Selbst mit der VR China geht die Regierung pragmatischer (weil eigentlich „alternativlos“) um als die Vorgängerregierung mit Außenministerin Baerbock, deren wichtigstes Anliegen das Verteilen von Betragensnoten war.

Bestehende oder beabsichtigte Wirtschaftsabkommen mit dem MERKOSUR, mit Indien, Australien, Indonesien und weiteren Entwicklungsräumen mögen dadurch beschleunigt worden sein, dass die USA weiterhin ein zwar notwendiger, aber unberechenbarer Markt geworden sind. Wichtiger noch erscheint aber, dass diese neuen Wirtschaftsräume der Peripherie überhaupt zur Kenntnis genommen wurden. Über die alten Kolonialverbindungen der EU-Mitglieder Frankreich, Niederlande, Portugal oder Spanien hinausgehend, kann die deutsche Wirtschaft die größte Produktpalette anbieten. Natürlich geht es auch um Rohstoffe oder, modern gesprochen, um die Diversifizierung der Risiken und die Vermeidung von (vermeidbaren) Abhängigkeiten. Aber nicht nur. Auch Kooperationen bei technischer Zusammenarbeit oder die Erschließung von Fachkräftemärkten sind erwünscht und auf längere Sicht unvermeidlich, wenn Wirtschaftswachstum, gerade in Deutschland, generiert werden soll. Dass diese systemischen Voraussetzungen für die Akkumulation von Kapital nicht widerspruchsfrei geschaffen werden können, ist ein wesentlicher Grund der gegenwärtigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Stagnation mit ihren volatilen politischen Auswirkungen.

In diesem Zusammenhang ist zu sehen, dass die allseits geforderte Verantwortung des Wirtschaftsriesen Deutschland auf mehreren Ebenen verfolgt wird. Dringend erscheint Deutschland jetzt eine Reform der Vereinten Nationen, im Mittelpunkt steht dabei eine (gemäßigte) Neuordnung des Sicherheitsrates, das Gremium, das als einziges völkerrechtskonform über Krieg und Frieden entscheiden kann.

Die fünf Vetomächte werden ihr Vorrecht nicht aufgeben, den Hebel für Deutschland und andere einflussreiche Staaten bildet die Besetzung des Sicherheitsrates. Bisher werden die zehn gewählten Mitglieder nach einem Proporzschlüssel alle zwei Jahre ausgewechselt. Die Forderung der Interessenten, die als Einheit aufzutreten versuchen, besteht darin, auf unbestimmte Zeit als feste Größe im Sicherheitsrat zu verbleiben, so dass die gegenwärtigen internationalen Gewichtungen realistischer abgebildet werden.

Einen spektakulären Rückschlag bei diesen Neuordnungsbemühungen erlitt die deutsche Politik mit dem Scheitern der Bewerbung um einen zweijährigen, nicht-ständigen Sitz im Weltsicherheitsrat. Trotz aller Kungeleien im Vorfeld der Entscheidung reichte es nur zur Abstimmungsniederlage. Weil man davon ausgehen darf, dass Deutschland alle Einflusskanäle genutzt hat, gibt es nur eine tragfähige Erklärung. Die offensichtliche Doppelmoral in der Beurteilung der gegenwärtigen Kriege, die überall, nur nicht in Deutschland selbst, gesehen wurde,



Geplatze Träume: Wadepful in UN-Sitzung

hat eine deutliche Abfuhr auf höchster diplomatischer Ebene erfahren. Die alte Vorgehensweise, im westlichen Lager verankert zu bleiben und dann, wenn es die eigenen Interessen geboten erscheinen lassen, Gelder für Hilfsprojekte bereitzustellen, hat sich überlebt. Das westliche Lager hat seine Einheitlichkeit verloren, alle Mitgliedsländer blicken auch auf die deutschen Positionen bei wichtigen internationalen Fragen. Deutschlands Präsenz auf der Weltbühne ist für alle ersichtlicher geworden. Allerdings wird das der Politik einige Korrekturen abverlangen, wenn man ernst genommen werden will. Das heißt aber auch, dass Einfluss nicht nur auf diplomatischer Ebene geübt wird, unterstützt mit Geld- und Güterleistungen. Militärische Ressourcen und ihre Ausfaltung werden eine wesentliche Rolle spielen, wenn Deutschland seinen Anspruch auf die Führung in

Europa tatsächlich einfordert. Missionen, die zur Befriedung weltweit auftretender Konflikte beschlossen werden, müssen auch mit eigenen Soldatinnen und Soldaten bestückt werden. Handelswege werden auch von deutschen Truppen überwacht und gegebenenfalls militärisch gesäubert.

Die Militärstrategen legen gegenwärtig ihr Hauptaugenmerk auf die Umstrukturierung der Armee. Weg von einer Interventionsarmee, die ihre Kräfte auf zeitlich befristete Krisen- und Kriegseinsätze konzentrierte, und hin zu einer Landstreitmacht, die gerüstet wird für eine lange, verlustreiche Auseinandersetzung. Das dürfte aber nicht alle Notwendigkeiten abdecken. Deshalb wurden allein gewisse Eckpunkte einer Militärstrategie veröffentlicht, andere aber nicht. Pistorius' Ausflucht, er könne im anderen Fall Putin in seinen E-Mail-Verteiler aufnehmen, deutet auf eine weitere Schwäche hin. Die Aufgaben der Zukunft sind nicht vorab definiert, sie können sich ändern. Eine feste Größe bisher ist allein das Versprechen einer Finanzierung ohne Limit. Die europäischen Partner-Militärs können nur mit Neid auf das deutsche Füllhorn blicken, denn es droht das Erstehen und die Verbreiterung einer deutschen Rüstungsindustrie, die ihre Entwicklungen autonom vornimmt, weil das technische Wissen und Können im Lande verfügbar ist, und deshalb ausländische Partner nur bei Bedarf einbezieht. Deutsche Rekordzahlen beim Rüstungsexport weisen in diese Richtung. Europäische Rüstungsk Kooperationen, die keinen schnellen Nutzen bringen oder ein Alleinstellungsmerkmal beinhalten, dürften keine Zukunft haben.

Das hat den militärischen Partnern in Europa, die gleichzeitig ökonomische Konkurrenten sind, gerade noch gefehlt: eine deutsche Hochrüstung, gespeist mit technischem Spitzen-Knowhow, Fachkräften im Fahrzeug- und Maschinenbau, die gerade zu Zehntausenden aus der Zivilindustrie entlassen werden, eine unendliche Finanzierungsoffensive der Regierungspolitik zur Einladung an die interessierten Konzerne, um ihr Kapital mit hohem Profit zu verwerten und, vorsichtig formuliert, eine bislang unkritische Öffentlichkeit. Freie Bahn also.

Kleinere militärische Initiativen zwischen Frankreich und Großbritannien, die noch ohne deutsche Beteiligung ergriffen wurden, sollen signalisieren, dass die wichtigsten Mitspieler ihre eigenen Interessen verfolgen können und wollen. Wie lange die Leine sein wird, an der sie laufen, wird man später sehen. Und noch besitzen sie ein Alleinstellungsmerkmal in Europa: die nukleare Schlagkraft. Es wird interessant werden zu beobachten, welche Ideen die deutschen Militärs und PolitikerInnen zu diesem Thema entwickeln. Denn das wird der heikelste Punkt bei diesem Rüstungswettlauf werden: wer diesen „Nuklearschirm“ unter welchen Bedingungen für welches Territorium aufspannt.

Großmacht Deutschland? Oder eher nicht?

Gut, die Zukunft wird sich erst später ereignen, insofern ist noch nichts fixiert. Eine Großmachtrolle Deutschlands, die jenseits der europäischen Einbindung angestrebt wird, kann aus heutiger Sicht und mit hoher Wahrscheinlichkeit ausgeschlossen werden. Dafür sind die Vorteile, die Deutschland aus dieser europäischen Konstellation mit großer Selbstverständlichkeit genießt, viel zu viele. Wenn fällige Grundsatzentscheidungen im Europäischen Rat schneller, verlässlicher und ohne weitere Verwerfungen getroffen werden, ist dies in deutschem Interesse. So können die Schrittgeschwindigkeit und die Richtung, in die das politische Europa geht, zumindest kontrolliert, wenn nicht bestimmt werden. Das würde den Deutschen weitgehend den Rücken freihalten, wenn sie sich interessengeleitet weltpolitischen Fragen, die alle Kontinente berühren können, zuwenden. Und das werden sie mittelfristig tun, um bei der Reduzierung der Bedeutung der USA für Europa keine Leerräume entstehen zu lassen, die von unerwünschter Seite gefüllt werden. Die USA werden ihre Interessenschwerpunkte von Europa wegverlagern, ob mit schriller Begleitmusik wie bei der jetzigen Administration oder bei einer anderen, geschäftsmäßigeren Regierung. Und die Deutschen schicken sich an, den Nachlass zu verwalten.

Ein Jahr Große Koalition und Angriffe auf den Sozialstaat



Zur Beschreibung der Situation nach einem Jahr GroKo folgen zwei Auszüge von Kommentaren, einer aus der Wochenzeitung „der Freitag“ und einer aus der Tageszeitung „Nürnberger Nachrichten“. Die Kommentatoren schreiben:

„Schlimme Bilanz, miese Werte

(...) die Bilanz, die nach einem Jahr Merz-Regierung gezogen werden muss, ist ernüchternd: Im Mai 2025 übernahm das Kabinett von Friedrich Merz (CDU) die Macht in Deutschland, aber vorangebracht hat es die Republik an keiner Stelle. Steuerpolitik, Digitalisierung, Rentenpolitik, Wirtschafts- und Energiepolitik, Politik für Familien, den Naturschutz, Wohnraum, Verkehr oder das Klima. Nach zwölf Monaten gibt es nirgendwo Gesetzesänderungen, die die deutsche Gesellschaft vorangebracht oder wenigstens verändert haben.“ (Nick Reimer, der Freitag, 7.5.2026)

„Nur Kürzen ist zu wenig

Keine Regierung kann ihre Bevölkerung vor allen Härten, die die multiplen Krisen unserer Zeit mit sich bringen, schützen.

Aber sie kann, und das ist entscheidend, die Lasten gerecht verteilen.

Dabei hilft es, sich daran zu erinnern, dass die Kosten für den Sozialstaat

keineswegs explodieren. Die Summe aller Sozialleistungen im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt ist in den vergangenen 25 Jahren nur minimal gestiegen.

Mutige Reformen braucht das Land, da sind sich alle einig. (...) Bemerkenswert ist ohnehin, dass in der bundesrepublikanischen Debatte stets jene Maßnahmen als mutig gelten, die für den sozio-ökonomisch unteren oder mittleren Teil der Bevölkerung Verschlechterungen mit sich bringen. Für Menschen also, die sich entweder mangels Gelds und Einfluss kaum wehren können oder mit harter Arbeit bei durchschnittlichem Gehalt dafür sorgen, dass Deutschland nicht komplett in die Rezession versinkt. (...) [auf der anderen Seite] eher schon jene, die sich nur unterproportional an der Finanzierung des Gemeinwesens beteiligen. Zum Beispiel die 172 Milliardäre in Deutschland. Deren Vermögen sind 2025 inflationsbereinigt um satte 30 Prozent gestiegen. Das geht aus einer Untersuchung der Entwicklungsorganisation Oxfam hervor. Sie angemessen zu besteuern, das wäre tatsächlich mutig.

Und daran, dass weitreichende Kürzungen im sozialen Bereich Rechtspopulisten und -extremisten weiter stärken würden. Bedeutet: Wer die Axt an den Sozialstaat legt, kann Alice Weidel auch gleich den Schlüssel fürs Kanzleramt in die Hand drücken.“ (Dominik Mayer, Nürnberger Nachrichten, 8.5.2026)

Wir hatten uns in der Arbeiterstimme in den letzten Jahren verstärkt mit der veränderten und sich weiter verändernden politischen Situation in Deutschland auseinandergesetzt. (Deutschland nach der Zeitenwende 1–3 (Arsti-Nummern 227, 228, 230))

Das Gesellschaftsmodell kriselt

Dabei waren wir zu dem Schluss gekommen, „dass das Gesellschaftsmodell der Bundesrepublik nicht nur in eine Krise geraten ist. Es ist im Begriff, auf vielen Ebenen mit den bisherigen Regeln zu brechen und das Verhältnis der Klassen zueinander sowie die Rolle, die der Staat innehatte, der sich bisher auch als Sozialstaat definierte, neu zu justieren. Dies betrifft alle Institutionen staatlicher Organisation genauso wie etwa das Parteienspektrum, seine Akzeptanz bei der Wählerschaft und – erst einmal als wenig systematischer Reflex – die Programmatiken der Parteien selbst.“

Die bisherigen Grundlagen sozialen und verantwortlichen Handelns werden nicht komplett und in einem Zuge aufgegeben, sie werden aufgeweicht und ausgehöhlt, uminterpretiert und mit neuem Politgeschwurbel zugetextet. Das ändert den Standort der Republik, ändert das Denk- und Sagbare im öffentlichen Leben und bereitet weitere Tabubrüche vor, wenn die stattgefundenen nicht ausreichen sollten.

Die Merz- und Söder-Parteien sind nur die Speerspitze der bürgerlichen Entwicklung, die SPD versucht, auf allen Gebieten Schritt zu halten und doch noch ein paar Pünktchen durchzubringen. Aber die Sozialdemokraten sind bei all diesen Verschärfungen und Verschlechterungen für die Lohn- und Rentenabhängigen, die Hilfsbedürftigen und Schwächeren dabei. Und deshalb werden sie dafür zur Rechenschaft gezogen werden. Die östlichen Bundesländer und Bayern machen es vor, die SPD muss keine 10% erreichen. Da ist noch Luft nach unten.“

Das zeigte sich bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg, wo die SPD mit 5,5% das schlechteste Wahlergebnis seit 1952 einfuhr.

Die Bundesregierung übertrifft nach einem Jahr Großer Koalition im Ansehen der Bevölkerung bald die Unbeliebtheitswerte der Ampel-Koalition, als es auf ihr Ende zugeht. In Umfragen sind über 84 % der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland unzufrieden mit ihrer Regierung.

„Kein Bundeskanzler vor mir hat so etwas ertragen müssen.“ Das Gejammer von Friedrich Merz bekommt dadurch noch eine andere Bedeutung.

Auch in konservativen Teilen von CDU und CSU, die große Hoffnungen in Merz gesetzt hatten, herrscht großer Unmut. Die Erwartungen an eine konservativere Politik konnte er nicht erfüllen. In der Migrationspolitik hat die Regierung diese Hoffnungen wohl am ehesten erfüllt, wobei das zu großen Teilen noch den Maßnahmen der alten Regierung geschuldet ist. Doch die Aufhebung der Schuldenbremse, die ja von der Union vor der Wahl permanent und vehement verteidigt wurde, war für viele ein Tabubruch.

Die deutsche Wirtschaft kommt nicht in die Gänge und die Konkurrenzfähigkeit deutscher Unternehmen verbessert sich nicht. Die Arbeitslosenzahlen gehen in die Höhe; regelmäßig gibt es Meldungen über den weiteren Abbau von Arbeitsplätzen, allein 153.000 im produzierenden Gewerbe. Bei Themen wie Liberalisierung der Wirtschaft und beim Sozialabbau geht es trotz vielfacher Ankündigungen nicht so schnell voran, wie es sich viele in der Partei wünschen. Die wirtschafts- und sozialpolitischen Programme der CDU/CSU können im Bündnis mit der SPD doch nicht im vollen Umfang oder nur verzögert umgesetzt werden.

Merz stellte dazu am Rande einer Unionsklausur Anfang Mai lapidar fest: *„Wir sind noch nicht dort, wo wir sein wollten und sein müssen.“* Als Gründe dafür müssen die Zölle, der Irakkrieg, die SPD und der aufgeblähte und *„so nicht mehr finanzierbare Sozialstaat“* herhalten.

Kein Geld vorhanden!?

Die Bundesregierung hat trotz Aufgabe der Schuldenbremse und einem 500 Milliarden- Paket kein Geld. Die Abstimmung darüber erfolgte mit der Mehrheit des alten Bundestags, weil es mit dem neu gewählten Parlament so nicht durchgegangen wäre; ein zumindest zweifelhafter Akt sogar nach bürgerlich-demokratischem Verständnis. Damit wurde bereits vor Beginn der Regierungstätigkeit Vertrauen verspielt.

Als Grund für die Finanzlücke müssen mal wieder die Bürgergeldempfänger herhalten, auch wenn das Bürgergeld nun seit kurzer Zeit Grundsicherung heißt und mit noch mehr Schikanen versehen wurde. Die Hilfe wird noch mehr in Richtung Prüfung, Kontrolle und Strafe verschoben. So bekämpft sie nicht Armut, sondern arme Menschen. Die Menschenwürde wird der kapitalistischen Verwertungslogik unterworfen.

Aber, oh Wunder, trotz stetiger Wiederholungen, dass die Bürgergeldempfänger zu viel vom Staat bekommen und er deswegen klamm sei, machen ihn auch die Kürzungen und Zwangsmaßnahmen bei den sozial Schwächsten nicht wirklich flüssig. Die realen Haushaltsprobleme haben mit dem Bürgergeld nichts zu tun, denn hier handelt es sich nur 3% aller Sozialausgaben.

„Man kann an diesen und vielen anderen Beispielen aufzeigen, dass der Sozialstaat seine Klauen zeigt und jede einzelne, die das Pech hat, den Anforderungen des Arbeitsmarktes nicht zu genügen, es sehr viel schwerer haben wird, eine menschenwürdige Existenz in Deutschland zu führen. Noch ist das Existenzminimum ein Anspruch, den die Menschen in Deutschland haben, selbst wenn er aus vergangenen Zeiten herrührt.“

Eine neue Geldquelle war bald ausgemacht: Es sind auf der einen Seite die zu hohen Löhne und die zu

hohen Lohnnebenkosten, auf der anderen Seite ist es der Sozialstaat, den wir uns „so nicht mehr leisten können“, wie Politiker und -innen nicht müde werden, zu verkünden.

Ein Blick auf die Kehrseite der Medaille, *„wärst du nicht arm...“* macht deutlich, wo wirklich etwas zu holen wäre. Die oberen 10% der Bevölkerung in Deutschland besitzen mit rund 10,5 Billionen Euro einen Anteil von 61,2% des Gesamtvermögens (eine Verdoppelung seit 2011). Auf die unteren 50% der Bevölkerung entfiel 2023 ein Anteil von gerade einmal 2,3%. (Zahlen nach DGB)

Der Staat als individueller Gesamtkapitalist und Sachwalter der Kapitalistenklasse und der Wirtschaft macht deutlich, wen er nicht mit Steuern belasten will: die Reichen und Vermögenden. Die *„Reichen mit Steuern für das öffentliche Budget zu beteiligen, ist und bleibt ein Tabu in Deutschland. Mit der Formel, es gebe mit der Regierung keine Steuererhöhungen, wird diese Forderung abgeräumt, die ein wichtiger Baustein sowohl für die Begrenzung des Schuldenhaushalts als auch für das Gerechtigkeitsempfinden der Mehrheit ist. Und die SPD schaut zu und unterschreibt.“*

Zugestehen muss man den SPD-Genoss*innen zumindest, dass sie bei manchen Unionsvorhaben wenigstens die Bremse ein bisschen angetippt haben. Aber die SPD scheint keine wirkliche politische Alternative zur Fortsetzung der Koalition um jeden Preis zu haben, geschweige denn das Personal dafür. Sie hat auf die nächsten Wahlen zu warten. Das bedeutet, dass sie dem Drängen der Unionsparteien nachgeben müssen wird. Das aber heißt verschärfter Sozialabbau, Angriff auf Interessen der Arbeiterklasse und auf demokratische Rechte. In der Wählergunst ist, wie schon gesagt, noch Luft nach unten. Damit fördert die SPD den Trend zu ihrer eigenen Überflüssigkeit und eventuell sogar ihrem Untergang. Ein kleines bisschen links blinken reicht schon lange nicht mehr, um sie in der Wählergunst voranzubringen.

Politisch profitiert hat von der Politik der Großen Koalition hauptsächlich die AfD. Anstatt, wie von Merz großspurig angekündigt, das Wahlergebnis der AfD zu halbieren, befördert die Regierung deren Aufstieg. In neuesten Umfragen liegt sie

vor den Unionsparteien. Sie kann ruhig abwarten. Studien haben gezeigt, dass gerade jene, die Angst vor dem sozialen Abstieg haben, AfD wählen.

Angriffe auf den Sozialstaat und Errungenschaften der Arbeiterbewegung

Gebetsmühlenartig fordern Teile der Regierungspolitiker, der Arbeitgeberverbände und der Wirtschaft samt ihren Lobbyisten, dem „aufgeblähten Sozialstaat“ die Luft rauszulassen. Also werden Reformen, sprich Kürzungen, im Gesundheitsbereich, der Pflege und Rente, angestrebt.

Aber ist denn der Sozialstaat tatsächlich so aufgebläht? Dazu eine Richtigstellung aus dem Impuls der Hans Böckler Stiftung:

„Anders als bisweilen behauptet, sind die Staats- und Sozialausgaben hierzulande nicht besonders hoch – und zuletzt auch keineswegs stark gewachsen. Das zeigt eine Analyse des IMK. (Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung) ‚Wer von einem ungebremst wachsenden Sozialstaat spricht oder davon, dass der Staat generell immer weiter aufgebläht werde, verbreitet eine Mär, die nicht durch Fakten gedeckt ist‘, fasst IMK-Direktor Sebastian Dullien die Ergebnisse der Untersuchung zusammen.

Nicht selten fußten alarmistische Diagnosen auf untauglichen Daten, erklären Dullien und seine Ko-Autorin Katja Rietzler. So werde regelmäßig behauptet, dass die öffentlichen Ausgaben immer neue ‚Rekorde‘ erreichen. Doch da Preise und Einkommen jedes Jahr steigen, seien neue Höchststände bei Einnahmen und Ausgaben ganz normal. Andere Kennzahlen seien aussagekräftiger.

Betrachtet man die preisbereinigte Entwicklung der öffentlichen Sozialausgaben in den vergangenen 20 Jahren im internationalen Vergleich, so zeigt sich: Unter 27 Ländern der Industriestaatenorganisation OECD, für die Daten von 2002 bis 2022 verfügbar sind, liegt Deutschland mit einem Zuwachs von insgesamt 26 Prozent auf dem drittletzten Platz, ist also eines der Länder mit dem geringsten Wachstum. Weit vorne rangieren Neuseeland mit einem Plus von 136 Prozent, Island mit 131 Prozent und Irland mit 130 Prozent. Auch in den USA mit 83 Prozent, der Schweiz mit 64 Prozent oder Großbritannien mit 59 Prozent war der Anstieg deutlich höher als in der Bundesrepublik.“

Außerdem sollen die faulen deutschen Lohnabhängigen – eine Lüge, die

immer wiederholt wird – gefälligst wieder länger arbeiten, um den deutschen Staat wieder flüssig zu bekommen.

Dabei sind die Fakten andere: Die Anzahl der geleisteten Arbeitsstunden war in Deutschland noch nie so hoch wie im letzten Jahr (61 Milliarden, laut DGB). Weiter werden ständig und mit Absicht Vollzeit- und Teilzeitarbeitsverhältnisse in einen Topf geworfen und daraus wird dann ein „Durchschnittswert“ ermittelt, wovor auch das Statistische Bundesamt warnt. Bekanntlich ist der Anteil an Teilzeitarbeitsplätzen in Deutschland im europäischen Vergleich sehr hoch, was vor allem auch daran liegt, dass es um die Kinderbetreuung und deren staatliche Förderung in diesem Land sehr schlecht bestellt ist (siehe letzte Statistik: von 27 Ländern an 23. Stelle beim „Kindeswohl“!)

Die Regierung fährt ihre Klauen aus. Kanzler Merz greift der Rentenkommission vor und möchte die Rente nur als eine Grundsicherung verstanden wissen, der Rest soll vermögensbasiert und privat aufgebracht werden (Black-Rock wird's ihm danken). Bärbel Bas nimmt ihn dafür noch in Schutz, er habe das nicht so gemeint.

Arbeitnehmerrechte, die von der Gewerkschaftsbewegung in langen und harten Kämpfen erreicht worden sind, sollen geschleift werden.

Die älteste Arbeitszeitforderung der Arbeiterbewegung in Deutschland, der 8-Stunden-Tag, ist bereits im Koalitionsvertrag zur Disposition gestellt werden. Eine wöchentliche Höchstarbeitszeit soll an seine Stelle treten, die Arbeitszeiten bis zu 13 Stunden täglich ermöglichen würde.

Einen weiteren Affront in diese Richtung stellen die Überlegungen dar, dazu einen Feiertag zu streichen. Am liebsten würden die Kapitalisten und ihre Regierung den 1. Mai, den internationalen Kampftag der Arbeiterklasse, abschaffen.

Die Vorschlagsliste für die Streichorgien lässt sich fortsetzen: von den Karenztagen über die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall; verschiedene Leistungen der Gesundheitsvorsorge sollen dran glauben müssen, auch bei der Pflege wird es weitere Einschnitte geben.

Bereits in der Nummer 230 von 2025 schrieben wir dazu: *„Man könnte die Diskussionen über die Sozialleistungen, – zur Rente werden sie wieder aufblühen –, als das abtun, was sie auch sind:*

als Scheingefechte und Ablenkung von den tatsächlichen Problemen eines Industriestaates, dessen Kerngeschäft und dessen Verortung in einem überlegenen und intern stabilen Bündnissystem neuen, unbekanntem Risiken ausgesetzt ist. Dazu kommt, dass zunehmend klar wird: ein zahlenmäßig bedeutender Teil der Gesellschaft fällt hinten runter, er muss verwaltet und ggf. ruhiggestellt werden. Und die ‚Mitte‘ soll ja alles dafür tun, alle Kröten zu schlucken, um nicht abzusinken und ihren sozialen Status einzubüßen. Dafür darf sie auch nach unten treten, wenn sie schön nach oben buckelt.“

Sollen die hier beschriebenen Probleme durch eine neue Rolle Deutschlands in der EU angegangen und eine „Lösung“ in einer fortschreitenden Militarisierung in der Gesellschaft gesucht werden? (vgl. dazu den Artikel *Deutschland in der Führungsrolle für Europa* in dieser Nummer)

Die Sozialstaatskampagne des DGB

Die Angriffe auf den Sozialstaat und die Lohnabhängigen haben nun auch den DGB und die Einzelgewerkschaften auf den Plan gerufen. Zusammen mit anderen Sozialverbänden wie VdK, dem Paritätischen und anderen haben sie eine Sozialstaatskampagne gestartet. Dieses Bündnis nimmt für sich in Anspruch, 20 Millionen Menschen zu vertreten. Der Start der Kampagne war ziemlich leise; mit dem weiteren Verlauf sieht es nicht besser aus. Von den öffentlich-rechtlichen Medien berichtete lediglich der MDR über die Pressekonferenz zum Auftakt der Kampagne, in anderen Medien wird über die Kampagne und die Ursachen dafür nur am Rand berichtet. Es ist erschreckend und auch bezeichnend, wie wenig sich die Qualitätsmedien um die Lebenssituation der Menschen in Deutschland kümmern. Da wird von Organisationen, die 20 Millionen Menschen vertreten, eine Kampagne zur Verteidigung ihrer Interessen und ihres Lebensstandards veranstaltet, aber keiner soll es mitkriegen. Allerdings macht dieses Vorgehen auch deutlich, wie die Medien die Wirkmächtigkeit des DGB und seiner Kampagne einschätzen: ein Papiertiger, über den es sich gar nicht zu berichten lohnt.

In der DGB-Kampagne werden viele Problemfelder richtig benannt. Allerdings hat die ganze Argumentation zwei gewaltige Haken:

Zum einen wird das kapitalistische System selbstverständlich nicht in Frage gestellt. Das spiegelt sich grundsätzlich auch in der diesjährigen Parole des 1. Mai wider: *Erst unsere Arbeit – dann eure Profite*. Unwidersprochen wird hingegenommen, dass Unternehmer gleichsam per Naturgesetz Profite machen.

In der Folge suggeriert der DGB den Menschen, dass die Gewerkschaften die benannten Probleme, also die Fehler im System, durch gewerkschaftliches Ko-Management lösen könnten.

Der DGB prangert die Forderungen von Teilen der Politik und der Arbeitgeber nach Kürzungen bei den Themen Rente, Gesundheit, Pflege, sowie die Forderungen nach längerer Arbeitszeit an. Die Argumentation läuft nach einem Schema ab: In einem ersten Schritt werden die Auswirkungen der neoliberalen Kürzungspläne und ihre Bedeutung für die Lohnabhängigen dargestellt. Im zweiten Schritt setzt der DGB dann seine Vorschläge entgegen.

Im Folgenden werden als Beispiele die Bereiche Gesundheit und Arbeitszeit vorgestellt.

Für sie heißt es Reform. / Für dich, dass Gesundheit zum Luxus wird.

Gesundheit ist wichtig. Doch vielerorts wird Hilfe knapp. Der finanzielle Druck auf Praxen und Krankenhäuser steigt. Gleichzeitig kaufen Investoren Kliniken und Heime auf und stellen Profite vor die Versorgung der Menschen.

Das bedeutet: *Haus- und Fachärzt*innen fehlen am Wohnort, längere Wartezeiten auf Termine und Behandlungen, steigende Kosten und mehr Zwei-Klassen-Medizin.*

Unsere Antworten:

Wir entwickeln die Krankenversicherung zu einer Bürgerversicherung. Auch Abgeordnete und Selbstständige zahlen ein. So gibt es keine Zwei-Klassen-Versorgung mehr. Wir begrenzen Zuzahlungen und sorgen dafür, dass notwendige Behandlungen nicht vom Kontostand abhängen. Wir sichern die Finanzierung von Kliniken und Praxen und investieren in Personal, Ausbildung und Arbeitsbedingungen. Krankenhäuser gehören in die öffentliche Hand – und Überschüsse müssen in Versorgung und Qualität fließen, statt in Dividenden.

Für sie heißt es Reform. / Für dich, dass dein Feierabend unter Druck gerät.

Wir arbeiten so viel wie nie zuvor. Trotzdem soll das Arbeitszeitgesetz aufgeweicht und der 8-Stunden-Tag durch eine wöchentliche Höchst Arbeitszeit ersetzt werden. Das klingt nach „Flexibilität“.

Das bedeutet: *längere Arbeitstage bis zu 13 Stunden, mehr Fremdbestimmung und weniger Planbarkeit, mehr Belastung und Risiko – vor allem in Betrieben ohne Tarifvertrag.*

Unsere Antworten:

Der 8-Stunden-Tag bleibt. Wir stärken Tarifverträge und die betriebliche Mitbestimmung.

*Damit schützen wir die Interessen der Beschäftigten. Wir wollen Bewegung bei den Arbeitgeber*innen, denn oft sind sie es, die flexiblen Arbeitszeiten aus Sicht der Beschäftigten entgegenstehen. Wir setzen auf eine bessere und bedarfsgerechtere Kinderbetreuung und Pflege sowie auf die Stärkung der Tarifbindung mit passgenauen Arbeitszeiten.*

Das mag als Beispiel genügen. Die anderen Felder finden sich auf der Homepage des DGB unter dem Stichwort „Sozialstaatskampagne“.

Um diese Ziele zu erreichen, will der DGB im Februar mit einer breiten Mobilisierung in den Betrieben und Dienststellen starten. Zielgruppen sind Beschäftigte, Gewerkschaftsmitglieder, Betriebs- und Personalräte. Im März finden in ganz Bayern regionale Sozialstaatskonferenzen statt. Der 1. Mai soll dann mit dem Schwerpunktthema Sozialstaat der Höhepunkt der Kampagne werden.

Von so einer wirkmächtigen Kampagne haben Regierung und Kapital nicht viel zu befürchten. Wollten die Gewerkschaften wirklich etwas erreichen, müssten schon andere Geschütze aufgeföhren werden. Dermaßen fundamentale Angriffe auf die Errungenschaften der Arbeiterbewegung und den Sozialstaat fordern entsprechende Antworten. Vorstellbar wäre es, Schwerpunkte zu setzen; z.B. gegen die Erhöhung der Arbeitszeit und die Infragestellung des 8-Stunden-Tages. Ebenso ist die Einführung von Karenztagen ein massiver Angriff auf die Rechte der Lohnabhängigen. Hier müsste eine Gegenwehr erfolgen, die den Namen auch verdient, etwa in Form von Demonstrationen – während der Arbeitszeit. So ließe sich etwas erreichen. Da wären dann auch die öffentlich-rechtlichen Medien auf dem Plan. Über die Berichterstattung und die Tendenzen darin ließe sich

dann trefflich streiten. Eins ist dabei sicher: Die Gewerkschaften fänden mit solchen Maßnahmen deutlich mehr Zuspruch bei ihren Mitgliedern sowie bei den nicht organisierten Lohnabhängigen. So würden sie auch die Inhalte der Diskussion eher bestimmen können als mit ihrer Sozialstaatskampagne im Saal, von der oft selbst Gewerkschaftsmitglieder nichts mitkriegen.

Zum zweiten: In der Kampagne wird nur ganz am Rande auf den Zusammenhang von Militarisierung, Aufrüstung, Kriegstüchtigkeit und die dadurch fehlende Finanzierung des Sozialstaats hingewiesen. Nach den Vorstellungen von Kanzler Merz soll die Bundeswehr bis 2039 zur stärksten konventionellen Armee in Europa aufgerüstet werden. Die Militarisierung Deutschlands wird auf vielen Ebenen vorangetrieben. (siehe hierzu den Artikel *Deutschland in der Führungsrolle für Europa*). Diese Prioritätensetzung ist mit dafür verantwortlich, dass für den Sozialstaat angeblich kein Geld mehr vorhanden ist. Aber die alte Formel „Kanonen statt Butter“ wird vom DGB ausgeklammert.

Zur Vertiefung dieser Thematik sei auf einen Artikel von Andreas Buderus hingewiesen, der im Gewerkschaftsforum veröffentlicht wurde. Der Artikel analysiert den Leitantrag auf dem DGB-Gewerkschaftstag – in dem wird der Zusammenhang zwischen Militarisierung und Sozialstaat ebenfalls weitgehend ausgeklammert.

Andreas Buderus: Sozialstaat in der Kriegsökonomie

„Während Sozialstaat, staatliche Handlungsfähigkeit, Arbeitsmarktpolitik und Demokratiefragen breiten Raum einnehmen, bleiben zentrale Strukturfragen der gegenwärtigen Entwicklung unterbelichtet: die Herausbildung einer Kriegsökonomie, die materielle Konkurrenz zwischen Aufrüstung und sozial-ökologischer Transformation, die Militarisierung gesellschaftlicher Verhältnisse sowie die Rolle von Kapital, Staat und internationalen Machtverschiebungen in dieser Entwicklung. Themen wie Wehrpflicht und Zwangsdienste, die Aufhebung von Zivilklauseln, die strategische Bedeutung internationaler Gewerkschaftszusammenarbeit oder die Rolle von Arbeitskämpfen



ver.di-Jugend, 1. Mai 2026 in München

in einer eskalierenden globalen Situation tauchen kaum oder gar nicht auf.

Die gegenwärtige Situation ist nicht durch die Gleichzeitigkeit mehrerer Krisen gekennzeichnet, sondern durch eine qualitative Verschiebung: die zunehmende Ausrichtung von Ökonomie, Staat und Gesellschaft auf militärische Konkurrenz und Kriegsfähigkeit. Diese Entwicklung ist materiell längst wirksam – in der massiven Ausweitung militärischer Ausgaben, im Umbau industrieller Kapazitäten und in der politischen Priorisierung von ‚Kriegstüchtigkeit‘.

Die aktuelle Entwicklung ist dadurch gekennzeichnet, dass Ressourcen – finanziell, industriell und politisch – zunehmend in militärische Bereiche umgelenkt werden. Diese fiskalische Umverteilung steht in direktem Widerspruch zu den Anforderungen einer sozial-ökologischen Transformation.

Auch die Rolle ökonomischer Akteure bleibt unterbelichtet. Die gegenwärtige Entwicklung wird aktiv von Arbeitgeberverbänden, wirtschaftsnahen Think Tanks und politischen Eliten vorangetrieben. Die Priorisierung militärischer Investitionen bei gleichzeitiger Relativierung sozialer Ansprüche wird offen formuliert und politisch umgesetzt. Damit ist die Entscheidung ‚Kanonen statt Butter‘ faktisch bereits getroffen.

Der Leitantragsentwurf benennt diesen Konflikt nicht.“

Nachtrag zum DGB-Bundeskongress 2026

Auf dem Kongress gab es dann doch zwei Anträge, die von friedenspolitischer Relevanz sind. Der Bundesjugendausschuss brachte einen Antrag gegen die Wiedereinführung der Wehrpflicht ein, für den sich 74 % der Delegierten aussprachen und der mit dem Satz beginnt „Der DGB ist und bleibt antimilitaristisch“. Der zweite Antrag war der kurzfristig vom DGB-Bundesvorstand eingebrachte Initiativantrag: „Friedensfähig statt kriegstüchtig – unser gewerkschaftlicher Auftrag in unsicheren Zeiten“.

Beide Anträge sind Erfolge des beharrlichen Kampfs von Gewerkschafter:innen wie Ulrike Eifler, der Mitbegründerin der Initiative „Gewerkschaften gegen Aufrüstung und Krieg“, und Andreas Buderus, Mitinitiator der Initiative „Sagt Nein! Gewerkschafter:innen gegen Aufrüstung und Burgfrieden“.

Eifler sieht in den Anträgen „insbesondere im Vergleich zur bisherigen Praxis der Gewerkschaften wichtige Anknüpfungspunkte“ für friedenspolitische Po-

sitionen und Diskussionen im DGB und den Mitgliedsgewerkschaften. Buderus macht den „politischen Druck aus den Betrieben und Basisstrukturen“ verantwortlich dafür, dass Positionen, die bis vor kurzem zuverlässig aus den offiziellen Sprachregelungen herausgefiltert wurden, plötzlich Eingang in Beschlusslagen des DGB-Bundeskongress finden.

Für zu große Hoffnung auf den DGB als Unterstützer der Antikriegsbewegung besteht jedoch noch kein Grund. Der DGB-Bundesvorstand übernimmt im Antrag den Ausgangspunkt der auf Kriegsvorbereitung ausgerichteten Politik von EU und Deutschland. So spricht er sich für eine Stärkung der EU als „Friedensmacht“ aus und für die „Stärkung ihrer Verteidigungsfähigkeit gegen militärische Bedrohungen und Erpressungsversuche.“ Trotz allem sind diese friedenspolitischen Ansätze zu begrüßen, ein Anfang ist gelungen, die beiden Initiativen sind zu unterstützen.

Am 24. und 25. Juli 2026 findet in Würzburg die vierte Gewerkschaftskonferenz für den Frieden statt. Veranstaltet wird sie von der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Kooperation mit der IG Metall Würzburg.

Die USA (und Israel) im Krieg gegen den Iran



Nach dem Sturz des Schahs wandelte sich der Iran sehr schnell vom Verbündeten der USA zu einem ausgesprochenen Gegner. Bereits 1979 eskalierten die Beziehungen der beiden Länder wegen der Geiselnahme des US-Botschaftspersonals in Teheran auf spektakuläre Weise. Die gegenseitige Feindschaft blieb seitdem eine Konstante der Weltpolitik, genauso wie die Feindschaft des Iran zu Israel. Die USA gelten als der große Satan, Israel als der kleine. Umgekehrt ist der Iran für die USA ein Schurkenstaat.

Die gegenseitige Feindschaft zeigte sich für viele Jahre beispielhaft in der Kontroverse um das iranische Atomprogramm. Nur unter der Präsidentschaft von Obama, respektive Rohani auf iranischer Seite, kam es zu einer Annäherung und zum Versuch einer Normalisierung der Beziehungen. (Siehe dazu den eigenen Beitrag in diesem Heft).

Aber die US-Republikaner (und Israel/Netanjahu) lehnten das sogenannte Atomabkommen, den JC-POA, heftig ab. Sie waren in keiner

Weise bereit, diesen Kurs weiter zu verfolgen und in der ersten Amtszeit von Trump wurde der Versuch einer Entspannung wieder beendet. Statt dessen wurden umfangreiche und harte Wirtschaftssanktionen in Kraft gesetzt.

Eskalationsvermeidung trotz Feindschaft

Seitdem gab es mehrmals gefährliche Zuspitzungen im Verhältnis zwischen USA und Iran, etwa im Januar 2020 durch die Tötung des iranischen General Qasem Soleimani bei einem Besuch in Bagdad. Aber trotz aller Gegnerschaft, trotz der feindseligen Rhetorik und mancher verdeckter oder offener Attacken, beide Seiten blieben bemüht, den großen Konflikt zu vermeiden. Niemand hatte ein Interesse an einer unkontrollierten Eskalation.

Eine gewisse Zurückhaltung war auch noch bei den Konfrontationen in den Jahren 2024 und 2025 gegeben. Am 1. April 2024 bombardierte Israel ein Gebäude auf dem Gelände der iranischen Botschaft in Damas-

kus. Dabei wurden mehrere Menschen getötet, angeblich ranghohe Mitglieder der iranischen Revolutionsgarde. Am 13. April erfolgte ein iranischer Vergeltungsschlag. Israel wurde mit Drohnen und ballistischen Raketen beschossen. Aber die Begrenztheit des Angriffs und seine vorhergehende Ankündigung ließen noch die Absicht der Eskalationsvermeidung erkennen. So die weit verbreitete Einschätzung.

Sogar nach dem Angriff Israels und der USA auf die Atomanlagen des Iran im Juni 2025 war die Zurückhaltung noch nicht völlig verschwunden. Zumindest auf Seiten des Iran und der USA. Nach Aussagen Trumps stimmten die USA einer Tötung der iranischen Führung nicht zu und drängten nach zwölf Tagen auf eine Einstellung der Angriffe. Trump schien sein Versprechen gegenüber den Wählern, die Verwicklung in langwierige Kriege zu vermeiden, noch einigermaßen einhalten zu wollen. Die Beschießung Israels als iranische Antwort auf die Angriffe blieb wiederum relativ begrenzt.

Krise im Iran

Im Dezember 2025 verschärfte sich die schon lange schwelende Wirtschaftskrise im Iran noch einmal erheblich. Der unmittelbare Auslöser war eine akute Schwäche der iranischen Währung. Nun war und ist die Schwäche der Währung für den Iran nichts Neues, sie ist ein chronischer Zustand genauso wie die ständig steigenden Preise. Für die zurückliegenden Jahre wird z.B. von einer jährlichen Inflation von etwa 40 Prozent berichtet. Wegen des akuten Währungsverfalls sind aber die Preise noch einmal zusätzlich sprunghaft angestiegen. Damit hatte anscheinend die wirtschaftliche Misere für viele die Schwelle der Unzumutbarkeit überschritten.

Die aufgestaute Wut der Bevölkerung machte sich in heftigen und landesweiten Protesten Luft. Die wirtschaftliche Zuspitzung kam ja zusätzlich zu den sonstigen Problemen, zum Unmut über Korruption und Güstlingswirtschaft und einer allgemeinen Unzufriedenheit mit den Verhältnissen. Viele der Protestierenden brachten ihre Ablehnung des gegenwärtigen Regimes sehr deutlich zum Ausdruck. Losungen wie „Tod dem Diktator“ oder „Es lebe der Schah“ waren bei den Demonstrationen zu hören.

Die Demonstrationen im Dezember/Januar waren nicht die ersten mächtigen Demonstrationen im Iran. Aber nach übereinstimmenden Berichten aus mehreren Quellen gehörten sie zu den bisher größten. Außerdem scheinen diesmal auch Bevölkerungsschichten einbezogen gewesen zu sein, die in der Vergangenheit eher keine Aktivisten waren. Nämlich die Basarhändler, die tendenziell eher zu den Unterstützern des Regimes gerechnet wurden, und viele TeilnehmerInnen aus den ärmeren und weniger qualifizierten Schichten. Letztere zahlenmäßig natürlich überwiegend. Der Hauptantrieb für die Unzufriedenheit scheint allen Protestierenden gemeinsam zu sein: ihre wirtschaftliche Lage. Das unterscheidet diese Demonstrationswelle von früheren. Die Händler fürchten den Ruin, weil sie ihre Preise nicht mehr realistisch kalkulieren können und alle anderen wissen nicht mehr, wie sie bei den ständig steigenden Preisen über die Runden kommen sollen.

Die Wende zum Krieg

Angesichts der Proteste wurde allenthalben die Frage aufgeworfen, wie lange sich das Regime noch halten kann und was eventuelle Alternativen wären. Sofort begannen Einmischungsversuche von Außen. Der im US-amerikanischen Exil lebende Sohn des letzten Schah, mit Namen Reza Pahlavi, bekundete in Medienauftritten seine Unterstützung für die Protestierenden und rief dazu auf, das Regime zu stürzen. Präsident Trump rief ebenfalls dazu auf, die Proteste fortzusetzen. In seinem sozialen Netzwerk Truth Social schrieb er „(...) die Menschen sollten die Institutionen übernehmen“ und er versprach „Hilfe ist unterwegs“.

Aber am 8./9. Januar schlug das Regime massiv und brutal zurück. Offensichtlich ließ es gegen die Demonstrationen hemmungslos Schusswaffen einsetzen. Die Folge waren tausende Tote und noch viel mehr Verletzte. Begleitet war das von einer großen Verhaftungswelle. Genaue und zuverlässige Zahlen liegen nicht vor, aber vieles deutet darauf hin, dass die Zahl der Toten, Verletzten und Verhafteten sehr groß ist.

Durch die Ereignisse wurden zwei wesentliche Aspekte der gegenwärtigen Lage im Iran deutlich. Einerseits gibt es in der Bevölkerung eine weitverbreitete Unzufriedenheit und einen großen Wunsch nach Veränderungen. Andererseits sind die herrschenden Kreise keineswegs gewillt, ihre Macht abzugeben. Dabei schreckt das Regime nicht vor brutaler Repression zurück. Es verfügt nach wie vor über die Mittel, seine Macht zu verteidigen. Größere Risse und Spaltungen in der politischen Führung bzw. im Machtapparat, die die Fähigkeit zum Machterhalt in Frage gestellt hätten, waren bisher nicht zu erkennen. Die Revolutionsgarden als der Kern des Machtapparates scheinen zuverlässig im Sinne des Regimes zu funktionieren.

In dieser Situation begannen die USA starken Druck auf den Iran auszuüben und durch einen großen Truppenaufmarsch eine entsprechende Drohkulisse aufzubauen. Entweder sei der Iran zu einem Deal bereit, oder er müsse mit militäri-

Arbeiterstimme

Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis

4x im Jahr, pro Heft € 3.- / Abo € 13.-

Aus dem Inhalt der letzten Nummern:

Nr. 231 Frühjahr 2026, 32 S.

- Was will Trump? Hat er eine Strategie?
- Anmerkungen zu Nahost
- Die Rolle der syrischen Kurden im politischen „Prozess“ und der regionalen Neuordnung
- Chile; Die deutliche Niederlage, Teil 1
- Nachruf auf Rolf Becker
- Rezension: Antisemitismus, reale Gefahr und staatliche Projektion
- ...

Nr. 230 Winter 2025, 28 S.

- Deutschland nach der Zeitenwende (3)
- Unsere Jahreskonferenz 2025
- Wirtschaftskrise und das Erstarken reaktionärer Kräfte
- Trump, die NATO und der 5-Prozent-Standard
- Die Friedensfrage und die deutschen Gewerkschaften
- Diskussion in der IG Metall Hanau/Fulda
- Peru: Die Absetzung Dina Boluartes
- ...

Nr. 229 Herbst 2025, 32 S.

- Trump, die Ökonomie und die Zölle
- Oxfams Ungleichheitsbericht und die Macht der Milliardäre
- Klassenfragen enden nicht nach 67 Lebensjahren
- Starmers Labour, ein neues Projekt Rezensionen:
- Jean Zieglers „Trotz alledem!“
- Feuertöfcher, Wehrmachtsverbrechen in Belarus
- Karuscheits Trilogie zur neueren deutschen Geschichte

Nr. 228 Sommer 2025, 24 S.

- Deutschland nach der Zeitenwende
- Trump und der Rechtspopulismus in den USA
- Israel endlos im Krieg

Bestellungen bitte an:

Arbeiterstimme

Postfach 910307

90261 Nürnberg

Probehefte versenden wir gratis!

Arbeiterstimme

www.arbeiterstimme.org

schen Schlägen rechnen, das war die Botschaft von Präsident Trump, die er mehrfach verkündete.

Eine ähnliche Botschaft propagierten auch etliche Exiliraner, insbesondere jene, die Hoffnungen auf den Sohn des letzten Schahs setzen. Aus diesen Kreisen und auch von Reza Pahlavi selbst wurde Trump vielfach aufgefordert, militärisch gegen den Iran vorzugehen.

Die USA stellten im wesentlichen drei Forderungen an die Adresse des Iran: Verzicht auf das Atomprogramm, Verzicht/Begrenzung bei der Rüstung mit ballistischen Raketen und Verzicht auf die Unterstützung der Verbündeten, den sogenannten Proxis, wie etwa der Hisbollah im Libanon, der Huthi in Jemen und der Hamas in Palästina/Gaza. Der Iran zeigte sich grundsätzlich zu Verhandlungen bereit, machte aber konkret nur (keine besonders weitreichenden) Angebote in Bezug auf das Atomprogramm. Auch wenn die USA ihre drei Punkte, die zuerst einmal als Maximalforderungen eingestuft werden müssen, nie sonderlich präzisierten, die große Kluft zwischen den Positionen der beiden Ländern war offensichtlich. Nach mehreren Runden von indirekten

Verhandlungen schienen die Gespräche noch in der Schwebe zu sein, als die USA gemeinsam mit Israel am 28. Februar mit den Bombenangriffen begannen. Der Angriff erfolgte bewusst vor dem erklärten Scheitern der Gespräche. Offensichtlich in der Absicht, einen Überraschungseffekt auszunutzen, der die Tötung von Ali Chamenei und anderer hoher Vertreter des Regimes ermöglichte.

Damit wurde deutlich, die USA haben einen grundsätzlichen Positionswechsel vollzogen. War der militärische Eingriff 2025 bei der Bombardierung der iranischen Atomanlagen noch von einer gewissen Zurückhaltung geprägt, war davon jetzt nichts mehr zu spüren.

Was diesen Umschwung verursacht hat, ist nicht ganz klar. Viele Beobachter glauben, dass der aus seiner Sicht reibungslose Verlauf der Militäraktion in Venezuela Trump bewogen hätte, auch im Iran militärisch einzugreifen. Die New York Times will erfahren haben, dass Netanjahu und der Mossad Trump zum Angriff drängten, während der CIA eher abgeraten habe. Welche Erkenntnisse der Geheimdienste vorlagen, eventuell auch vermeintliche Erkenntnisse oder unrealistische

Einschätzungen, und welche Rolle diese bei der Entscheidung spielten, lässt sich zur Zeit natürlich nicht zuverlässig feststellen.

Die Entscheidung zum Angriff ist aber offensichtlich auf der Basis von Annahmen gefallen, die etwa folgendem Szenario entsprechen: Das Regime im Iran geht bereits sehr geschwächt in diese Auseinandersetzung. Durch die Bombardements, die zur Tötung etlicher Führungsfiguren, zur Reduzierung des Waffenarsenals und zu allen sonstigen Zerstörungen führte, wird es noch zusätzlich stark geschwächt und seine Machtbasis weitgehend zerstört. Deshalb wird/muss die verbleibende Führung nach wenigen Wochen mit intensiven Luftangriffen bereit sein, einem Deal zu den Bedingungen der USA zuzustimmen. Eventuell wird die islamische Republik auch völlig zusammenbrechen. Kurz, es bietet sich eine günstige Gelegenheit, um mit vergleichsweise wenig Aufwand viel zu erreichen.

Trump und Netanjahu scheinen von dieser Einschätzung sehr überzeugt gewesen zu sein. Andere Möglichkeiten wurden offenbar nicht ernsthaft in ihre Planungen einbezogen. Sie waren in keiner Weise

Kontroversen um das Atomprogramm

Der Iran hat immer mit Nachdruck erklärt, dass er keine Atomwaffen anstrebt. Aber offizielle Erklärungen müssen sich nicht mit der Realität decken. Bekanntlich wurde und wird genau das dem Iran vorgeworfen. Er wird zum Teil verdächtigt bzw. massiv beschuldigt, im Geheimen doch nach der Atombombe zu streben.

Etwa ab 1990 begann der Iran, sich wieder intensiv mit der Atomtechnologie zu beschäftigen. Nach und nach wurden die noch aus der Schah-Zeit stammende Anlagen reaktiviert und fertig gebaut, wie etwa das Atomkraftwerk in Buschehr. Dieses liefert nun seit 2011 Strom.

Aber das iranische Atomprogramm war viel umfangreicher angelegt. Angestrebt wurde die Beherrschung möglichst aller Technologien im Rahmen des nuklearen Brennstoffzyklus. Das wurde auch

nicht verheimlicht. Der Iran hat immer argumentiert, er habe nach dem Atomwaffensperrvertrag jedes Recht, die entsprechende Technik zu entwickeln.

Das Misstrauen anderer Staaten erregte vor allem der Aufbau von erheblichen Kapazitäten zur Uran-Anreicherung und die mangelnde Bereitschaft, eine lückenlose Kontrolle aller Anlagen durch die Internationale Atomenergie Organisation (IAEO) zuzulassen. Von westlicher Seite wurde der Vorwurf erhoben, der Iran würde geheime Atomanlagen unterhalten, die er vor der Kontrolle der IAEO verberge. Letztlich würde der Iran an der Atombombe arbeiten.

Dabei ist nicht zu bestreiten, die USA und ihre Verbündeten (insbesondere Israel) führen eine ausgesprochen feindselige Kampagne gegen den Iran. Und es blieb nicht nur

bei Propaganda. Offensichtlich gab es auch Sabotageaktionen und eine Serie von Mordanschlägen gegen iranische Wissenschaftler, vermutlich orchestriert vom israelischen Geheimdienst.

Aber es ist ebenso zutreffend, Bedenken gegen das iranische Atomprogramm wurden auch von Staaten außerhalb der westlichen Bündnisse geäußert. Dabei ging es nicht ausschließlich um die Frage, ob der Iran eventuell bereits an Atomwaffen arbeitet. Besorgnis löste auch die zunehmende Verbreitung der zu ihrer Herstellung benötigten Technologien aus. Das wurde als Risiko für die Weiterverbreitung von Atomwaffen gesehen und man wollte solchen Tendenzen entgegenzutreten.

Solche Bedenken konkretisierten sich in Beschlüssen der IAEO und des UNO-Sicherheitsrates, die den Iran zu Änderungen bei seinem Atom-

darauf vorbereitet, dass die Sache auch einen für sie nicht so günstigen Verlauf nehmen könnte.

Selbstverständlich ist der Angriff auf den Iran ein klarer Verstoß gegen das Völkerrecht. Das muss hier wohl nicht ausführlich begründet werden. Trump hat sich von einer Berufung auf das Völkerrecht bekanntlich weitgehend verabschiedet.

Das Scheitern bei den Kriegszielen

Im Verlauf der folgenden Wochen mit intensiven Luftangriffen zeigte sich aber, je länger desto deutlicher, die Rechnung der USA ging nicht auf. Der Iran bzw. das Regime ließ sich nicht so ohne weiteres bezwingen. Sicher, die USA im Verbund mit Israel waren militärisch stark überlegen und konnten das Land praktisch ungehindert bombardieren. Neben dem obersten Führer Ali Chamenei wurden auch andere ranghohe Angehörige der Führungsschicht getötet. Aber trotz der Zerstörungen war der Iran immer noch zu militärischen Gegenschlägen fähig, wie die Raketen und Drohnen auf Israel und die Golfstaaten täglich zeigten. Die Gegenschläge waren keineswegs nur symbolisch. Sie richteten besonders in den Golfstaaten und

bei den dortigen US-Militärbasen erhebliche Schäden an. Trotz der Tötungen blieb die iranische Führung entscheidungsfähig, das Regime und der Machtapparat zeigte vorerst keine Auflösungserscheinungen. Im Land gab es keine Demonstrationen oder sonstige Aktionen von Regimegegnern.

Als wirkungsvollster Hebel für den Iran erwies sich die Sperrung der Straße von Hormuz. Die Drohung, alle Schiffe anzugreifen, die ohne Zustimmung der Iraner diese Meerenge durchfahren wollen, entfaltete eine große Wirkung. Der Transport von Öl, Gas und allen anderen Gütern durch diese Wasserstraße kam zum Erliegen. Allen Beobachtern ist klar, je länger diese Sperrung anhält, desto stärker sind die Auswirkungen auf die Weltwirtschaft und eine lange Sperrung hat das Potenzial, eine große, weltweite Wirtschaftskrise auszulösen. Denn neben der Energieversorgung mit Öl und Gas ist auch die Lieferung von etlichen anderen Produkten gestört, darunter Kunstdünger, diverse Chemierzeugnisse und auch Helium, das bei der Produktion von Computerchips benötigt wird. Und es zeigte sich ebenfalls, die USA haben, bei aller militärischen Überlegenheit, nicht die Mittel, um für alle Tanker

und Handelsschiffe eine risikolose Befahrung der Meerenge gegen den ausdrücklichen Willen des Iran zu gewährleisten. Zumindest haben sie keine Mittel, die mit für sie akzeptablen Kosten und Risiken verbunden wären. Ein Einsatz von Bodentruppen im großen Stil, das heißt mindestens 100 000 Soldaten, scheint nie erwogen worden zu sein.

Trump hatte sich in ein Dilemma manövriert. Die direkten und indirekten Folgen seines Krieges wurden immer größer, die Treibstoffpreise und die Inflation stiegen generell, der Krieg ist in der US-Öffentlichkeit sehr unpopulär. Er hat mit dem Angriff ein zentrales Wahlversprechen gebrochen, aber wenig in der Hand, um die Aktion als Erfolg verkaufen zu können. Trotz seiner ständig wiederholten Erfolgsmeldungen hatte er in Wirklichkeit nichts Entscheidendes erreicht, wie jeder leicht sehen konnte. Denn das Regime, die Mullahs waren immer noch an der Macht. Der Iran war nach wie vor militärisch handlungsfähig und die vor dem Angriff ungehinderte Befahrbarkeit der Straße von Hormuz war nicht mehr gegeben.

Daraufhin veränderten die USA ihre Vorgehensweise. Sie stellten am 8. April die Luftangriffe ein, verhängten aber eine Blockade für alle

programm drängten. Der Iran wurde aufgefordert, enger mit der IAEO zusammenzuarbeiten. Für den Fall, dass das nicht geschehen sollte, wurden Sanktionen angedroht. Der erste entsprechende Beschluss des Sicherheitsrates wurde im März 2006 (Resolution 1696) verabschiedet. Da der Iran nicht wie gewünscht reagierte, folgten bis 2010 noch weitere Beschlüsse mit der Verhängung von Sanktionen und deren mehrmaliger Verschärfung.

Es ist bemerkenswert, dass Russland und China, als ständige Mitglieder des Sicherheitsrates, diesen Resolutionen zustimmten. Beide Länder waren auch in die Verhandlungen mit den Iran (Konzept 5 + 1, die fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates + Deutschland) eingebunden. Der Iran war also damals in der Atomfrage weitgehend isoliert.

Die seit 2006 geführten Verhandlungen nach dem 5 + 1 Konzept brach-

ten lange kein greifbares Ergebnis. Erst während der Präsidentschaft von Obama bzw. Rohani im Iran kam Bewegung in die Sache. Schließlich wurde 2015 mit dem „Joint Comprehensive Plan of Action“, JCPOA, (etwa: gemeinsamer umfassender Plan für das Vorgehen) eine Einigung erzielt. Diese enthält folgende Kernbestimmungen: Der Iran reichert Uran nur bis 3,67 % des Isotops U-235 an und er lässt eine umfangreiche Kontrolle seiner Anlagen durch die IAEO zu. Im Gegenzug werden die Sanktionen aufgehoben. (Für eine detaillierte Darstellung siehe *Arsti* Nr. 205)

Der JCPOA ist kein „normaler“ Vertrag zwischen Staaten. Er erlangte seine rechtliche Verbindlichkeit durch den Beschluss des UNO-Sicherheitsrates von 2015. Nach allgemeiner Rechtsauffassung müssen sich alle Staaten an dessen Beschlüsse halten.

Aber die Republikaner, Trump und Israel/Netanjahu haben den JCPOA immer abgelehnt. Es wäre keinesfalls ausreichend, es würde eine iranische Atombombe nicht wirklich verhindern, die Raketenrüstung wäre gar nicht erfasst, ebenso wenig wie die Unterstützung für Feinde Israels wie Hisbollah und Hamas. Im Sinne einer solchen Kritik verkündete Trump 2018 in seiner ersten Amtszeit, sich nicht mehr an die Bestimmungen des JCPOA halten zu wollen und verhängte wieder umfassende Wirtschaftssanktionen. Dieser Schritt war eine einseitige Entscheidung der USA. Weder hatte der Iran gegen das Abkommen verstoßen, noch waren die anderen Verhandlungspartner des JCPOA (Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Russland und China) einbezogen worden.

Rechtlich war das keine Aufkündigung eines Abkommens, sondern

Seetransporte von und nach Iran. Damit sollte auch der Iran am Ölexport gehindert und seine wichtigste Einnahmequelle unterbrochen werden. Die Erwartung dabei war, dass der Iran diese Blockade wirtschaftlich nicht lange durchhalten kann und bald zum Nachgeben gezwungen sein wird.

Parallel dazu wurde versucht mit Verhandlungen unter der Vermittlung Pakistans die vorläufige Waffenruhe in eine dauerhaftere umzuwandeln und auch in Bezug auf die anderen Streitpunkte einer Einigung näher zu kommen. Die anlaufenden diplomatischen Bemühungen, die zu keinen schnellen Ergebnissen führten, begleitete Trump mit massiven Drohungen. Ohne ein Einlenken bei den Verhandlungen würden neue Luftangriffe die Infrastruktur des Iran total zerstören und sogar die gesamte Zivilisation auslöschen. Aber die Termine, die er mehrmals in der Art eines Ultimatums setzte, wurden immer wieder verschoben, die angeblich unmittelbar bevorstehenden Deals wurden nicht unterschrieben. Der Iran erhob eigene Forderungen (Kriegsentschädigungen, Aufhebung der Sanktionen, dauerhafte Kontrolle des Verkehrs in der Straße von Hormuz) und stellte Bedingungen (Waffenstillstand auch im Liba-

non). Er war nicht bereit, sich dem von den USA gewünschten Deal zu unterwerfen.

Will Trump schwerwiegende wirtschaftliche Folgen vermeiden, muss er möglichst schnell die Straße von Hormuz frei bekommen. Gleichzeitig muss er, aus seiner Sicht, der Öffentlichkeit unbedingt einen Sieg präsentieren und darf keineswegs als zu nachgiebig erscheinen. Das Agieren Trumps machte, je länger es andauerte, einen ausgesprochen chaotischen Eindruck. Sein Dilemma und die Mängel seiner Strategie wurden für alle deutlich sichtbar. Oder steckt vielleicht doch auch etwas Methode dahinter? Die wiederholten Ankündigungen einer bevorstehenden Einigung hatten die Aufgabe, die (Öl-, Energie-, Aktien-, Finanz-) Märkte zu beruhigen, was angesichts der realen Risiken erstaunlich gut gelungen ist. Es gibt auch Berichte, dass Trumps Umfeld bzw. seine Mittelsmänner die Auf- und Abgehenden Börsenkurse, die den Wechsel von Hoffnung und Enttäuschung widerspiegelten, für private Geschäfte nutzten. Das würde gut zu den auch sonst sich verdichtenden Anzeichen einer zunehmenden korrupten Vermischung von Politik und persönlichen Geschäftsinteressen passen.

Ein erstes Fazit

Zum jetzigen Zeitpunkt (6. Juni, Redaktionsschluss für diesen Artikel) wird über ein Abkommen verhandelt, das möglicherweise in Kürze unterschrieben werden könnte, oder auch nicht. Es gibt keine Gewissheiten. Laut Medienberichten wäre folgendes erhalten: Die Waffenruhe wird für weitere 60 Tage verlängert. Während dieser 60 Tage ist die Straße von Hormuz frei befahrbar und die Blockade der iranischen Häfen aufgehoben. Aber das wäre nur vorläufig so, die endgültigen Regelungen müssten in den folgenden 60 Tagen ausgehandelt werden. Genauso wie eventuelle Regelungen für alle anderen strittigen Punkte noch erst gefunden werden müssen. Das fragliche Abkommen wäre damit eine Verlängerung der Waffenruhe, eine Absichtserklärung, weiter verhandeln zu wollen und eine Auflistung der Themen, über die man verhandeln will. Was in diese Liste aufgenommen wird, ist noch nicht ganz klar (das angereicherte Uran, die ballistischen Raketen, die Unterstützung für die Proxis, die Waffenruhe im Libanon etc.), ebenso wenig ob damit schon bestimmte Vorentscheidungen verbunden sein könnten. Der Iran fordert seinerseits die Freigabe blockierter Gelder (die Rede ist von etwa 24 Milliarden Dol-

die Missachtung eines Beschlusses des Sicherheitsrates. Eines Beschlusses, der auch auf Betreiben der USA gefasst wurde.

Anfangs wurde von europäischer Seite noch versucht, trotz des Rückzugs der USA, JCPOA irgendwie aufrecht zu erhalten, was aber ziemlich schnell gescheitert war. Hauptsächlich, weil niemand in Europa deswegen einen ernsthaften Konflikt (sprich Sanktionen für das US-Geschäft) mit den USA riskieren wollte.

Im Gegenzug hielt auch der Iran sich nicht mehr an die Bestimmungen und begann wieder Uran (über die 3,67 % hinaus) anzureichern. Letztlich wurden bis 2025, laut Berichten der IAEA, über 400 Kilogramm auf 60 % angereichertes Uran hergestellt.

Damit begann eine neue Problematik. Denn der Iran konnte nie erklären, was er mit diesem ange-

reicherten Uran eigentlich machen will. Sinnvolle Nutzungsmöglichkeiten für solche Mengen sind nicht bekannt, es sei denn, man hat doch die Produktion von Atomwaffen im Sinn. Das angereicherte Uran könnte z.B. dazu dienen, ganz nahe an die Schwelle zur Atombombe heranzukommen. Gegebenenfalls, wenn die Entscheidung zur Produktion gefällt wird, wäre es dann möglich, die letzten Schritte zur Bombe sehr schnell zu gehen.

Für Atombomben ist eine Anreicherung auf ungefähr 90 % notwendig. Die Anreicherung ist aber kein linearer Prozess. Aus technischen Gründen ist die Anreicherung von 60 auf 90 % viel einfacher und schneller durchzuführen als etwa die von 30 auf 60 % und diese wiederum einfacher als die von 1 auf 30 %. Eine Menge von 400 kg wäre dann ausreichend für etwa 10 Atombomben.

Die Absicht, eine solche „fast-Atomkraft“ werden zu wollen, wird dem Iran unterstellt bzw. vorgeworfen. Daraus leiten sich dann die Forderungen ab, das angereicherte Material dürfe keineswegs unter der Kontrolle des Iran bleiben. Die 400 kg sind damit weiterhin ein großer Streitpunkt, auch jetzt bei den Verhandlungen USA - Iran.

Durch die Bombardierung im Juni 2025 wurden die Anlagen zur Urananreicherung angeblich zerstört oder zumindest stark beschädigt. Die Einschätzungen gehen da auseinander. Damit sind vermutlich die Möglichkeiten zur Anreicherung vorerst nicht mehr vorhanden oder stark eingeschränkt. Das einschlägige technische Wissen und die Fähigkeit, zur Anreicherung geeignete Zentrifugen herzustellen, ist selbstverständlich im Iran nach wie vor vorhanden.

Anzeige

August Thalheimer:

1923**eine verpaßte Revolution?**

Die deutsche Oktoberlegende und die wirkliche Geschichte von 1923



44 Seiten, 1,50 €
 Arbeiterstimme
 Postfach 910307
 90261 Nürnberg
 oder:
 redaktion@arbeiterstimme.org

August Thalheimer:

Einführung in den**dialektischen Materialismus**

Vorträge für chinesische Studenten der Sun-Yat-Sen-Universität in Moskau 1927, mit den Vorworten zur deutschen Ausgabe, Wien-Berlin 1928, und zur amerikanischen, New York 1936.

Nachdruck 190 Seiten, Klebebindung.
 5,- Euro

Bestelladresse:
 Arbeiterstimme, Postfach 910307
 90261 Nürnberg
 oder: redaktion@arbeiterstimme.org

lar), die Aufhebung der Sanktionen und außerdem Reparationen für die ihm zugefügten Zerstörungen.

Die öffentlich geäußerten Positionen zu all diesen Fragen liegen noch weit auseinander. Deshalb erscheint es höchst fraglich, ob in den anvisierten 60 Tagen eine Einigung erzielt werden kann.

Das wirkliche Ende des Iran-Krieges, der bisher etwas mehr als fünf Wochen ein heißer war, ist also weiterhin offen. Für den weiteren Verlauf sind noch viele Varianten möglich, diplomatische und kriegerische.

Aber ein Zwischenfazit lässt sich bereits ziehen. Trump und die USA haben eine strategische Niederlage erlitten. Alle Welt konnte sehen, dass auch die Macht der USA ihre Grenzen hat. Den USA war es, trotz massiven Militäreinsatzes, nicht möglich, dem Iran ihren Willen aufzuzwingen. Wahrscheinlich wird diese Erfahrung auf längere Sicht weltpolitische Auswirkungen zeitigen. Nicht zuletzt werden alle Golfstaaten die Ereignisse und ihre eigenen Erfahrungen sehr genau analysieren. Welche Schlüsse sie daraus ziehen werden, ist noch nicht abzusehen. Es ist denkbar, dass einzelne Länder zu deutlich unterschiedlichen Schlüssen kommen werden. Vielleicht ist die Entscheidung für den Austritt der Vereinigten Arabischen Emirate aus der OPEC bereits durch den Krieg beeinflusst. Die meisten Folgen dürften aber erst nach einiger Zeit sichtbar werden.

Trump ist ohne Zweifel auch innenpolitisch geschwächt. Aber man sollte vorsichtig bleiben und nicht gleich das Ende von Trump oder der MAGA-Bewegung ausrufen. Dazu sind die Folgen, die der Iran-Krieg für die USA und in den USA selbst hervorgerufen hat, nicht groß genug. Es sind sicher negative und unangenehme Auswirkungen. Aber bisher gab es in den USA keine großen Erschütterungen im Sinne eines politischen Erdbebens.

Bleibt noch das Fazit für Israel. Auch wenn Netanjahu eventuell Trump zum Krieg überredet hat, war er doch während des ganzen Krieges eindeutig der Juniorpartner. Das Geschehen, der Verhandlungsprozess und alle wichtigen Entscheidungen wurden von Trump bestimmt, vermutlich manchmal auch zum Missfallen von Netanjahu. Israel und auch

Netanjahu ganz persönlich haben natürlich auch eine eigene Agenda, die bei allen gegebenen Zusammenhängen mit dem Iran vor allem den Libanon/Hisbollah und Gaza/Hamas im Focus hat. Diese Aspekte werden im vorliegenden Beitrag nicht untersucht.

Zur Lage des gegenwärtigen Iran

Wenn die USA eine strategische Niederlage hinnehmen mussten, hat dann der Iran gewonnen? Diese Frage lässt sich nicht einfach mit Ja beantworten. In einer asymmetrischen Auseinandersetzung, wie es dieser Krieg war, ist es zwar zutreffend, dass für die schwächere Seite das Überleben und die Vermeidung einer klaren Niederlage in gewisser Weise einen Sieg bedeutet. Aber für den Iran kann das nur ein relativer Erfolg sein, denn er befindet sich weiterhin in einer schwierigen Lage.

Der Iran befand sich schon vor Kriegsbeginn seit etlichen Jahren in einer ökonomischen Krise. Diese äußerte sich vor allem in einer sehr hohen Inflationsrate im Inneren und einem rapiden Verfall der Währung nach Außen. Diese Krise ist selbstverständlich noch nicht vorbei. Die Zerstörungen durch die Luftangriffe und die Blockade der iranischen Häfen haben ohne Zweifel die ökonomischen Probleme weiter verschärft.

Ein wichtiger Grund für die wirtschaftlichen Schwierigkeiten sind die bestehenden Sanktionen. Mit der Abkehr vom Atomabkommen hatten die USA weitgehende Wirtschaftssanktionen verhängt. Die meisten westlichen Länder haben sich dem inzwischen angeschlossen. Von anderen Akteuren (Ländern und Firmen) werden die Sanktionen zwar oft nur widerwillig befolgt, hauptsächlich um die eigene Sanktionierung durch die USA zu vermeiden, aber sie werden eben doch meistens befolgt.

Der Iran hat inzwischen eine große Erfahrung bei der Umgehung von Sanktionen. Aber nicht alles lässt sich umgehen, die negativen Auswirkungen bleiben signifikant. Dementsprechend muss der Iran ein großes Interesse an der Aufhebung oder zumindest an einer Abschwächung der Sanktionen haben. Auch bei den jetzigen Verhandlungen ist das ein Ziel. Wie realistisch das ist und ob in naher

Zukunft ein Ende der Sanktionen erreicht werden kann, muss sich zeigen.

Die Sanktionen sind wichtig, aber sie erklären nicht alles. Für die Wirtschaft eines Landes sind auch noch andere Faktoren ausschlaggebend, wie etwa der Staatshaushalt, die Politik der Notenbank und vieles mehr. Allerdings ist es im Fall des Iran sehr schwer, sich dazu verlässliche Infor-

Hintergründen schwierig. Insbesondere gilt das bei der wichtigen Frage nach der Motivation der DemonstrantInnen. Ohne Zweifel hat die Wut über die Preissteigerungen eine wesentliche Rolle gespielt. Auch andere Gründe für die Unzufriedenheit sind nachvollziehbar.

Aber geht es auch um den Sturz des Regimes? Bei der Mehrheit der

menei zum neuen obersten Religionsführer gewählt. Modschtaba ist bisher noch nicht öffentlich aufgetreten, vermutlich wegen erlittener Verletzungen. Deshalb gibt es bereits Spekulationen darüber, wie weit er als Person die neue Rolle überhaupt wird ausfüllen können. Auch auf etlichen anderen Positionen mussten wegen der Tötungen im Bombenkrieg neue



Deutsche, amerikanische, israelische und monarchistische Flaggen: Demonstration am 14. Februar 2026 in München

mationen zu beschaffen. Der Staatshaushalt gilt z.B. in weiten Teilen als geheim, viele Wirtschaftsdaten sind nicht zugänglich, manches bleibt intransparent. Es ist deshalb außerordentlich schwierig, sich ein realistisches Bild von der Leistungsfähigkeit der iranischen Wirtschaft zu machen. Es ist unklar, welcher Spielraum noch besteht und wo die größten Risiken liegen.

Offensichtlich gibt es im Iran eine große Unzufriedenheit mit den Verhältnissen, das haben die Demonstrationen im Dezember/Januar gezeigt. Bei der Einschätzung der inneren Verhältnisse stößt man als Beobachter aus der Ferne aber schnell an eine Grenze. Was sind gesicherte Informationen, was nur Gerüchte, was wird in den hiesigen Medien aufgebauscht, was geht verloren? Während man die Ereignisse, zumindest in den Grundzügen, meistens noch einigermaßen rekonstruieren kann, wird es bei den

Demonstrierenden oder bei welchem Anteil? Welche Vorstellungen von einer neuen Ordnung im Iran wären gegebenenfalls damit verbunden? Bedeutet der Ruf „Tod dem Diktator“ eindeutig die prinzipielle Ablehnung der islamischen Republik? Steht „Es lebe der Schah“ wirklich für die Unterstützung einer wie auch immer garteten Monarchie? Oder können sich in solchen Parolen nur vage Hoffnungen auf tiefgreifende Veränderungen artikulieren? Welche Relevanz haben im Inneren des Iran die verschiedenen Strömungen, wie sie bei Exiliranern sichtbar sind?

Wir müssen uns eingestehen, wir wissen das alles nicht.

Wir wissen auch nicht, wie groß die Unterstützung für das Regime ist, sei es aktiv oder auch nur passiv und worauf genau sich die Unterstützung bezieht und worauf eventuell nicht.

Nach dem Tod von Ali Chamenei wurde sein Sohn Modschtaba Cha-

Personen nachrücken. Soweit man das aus der Ferne beurteilen kann, hat es dadurch keine größeren Politikänderungen gegeben. Es ist nicht verwunderlich, dass die Führung bemüht ist, während eines Angriffs von Außen maximale Geschlossenheit zu zeigen. Ob eine solche wirklich gegeben ist oder sich vielleicht doch noch Verschiebungen im Machtgefüge zeigen werden, bleibt abzuwarten.

Dieser kurze Überblick macht deutlich, gegenwärtig bleiben alle Einschätzungen zu den inneren Verhältnissen des Iran mit einem hohen Grad an Unsicherheit behaftet. Es ist kaum möglich vorherzusehen, wie die Entwicklung im Iran mittel- und längerfristig weitergehen wird. Diese Grenze der Analyse muss man sich eingestehen, pure Spekulationen führen nicht weiter.

6. Juni 2026

Chile

Die deutliche Niederlage

Teil 2

Liebe Leser*in, die Fußnoten und Quellenangaben dieses Artikels haben wir aus Platzgründen nur in der Onlineversion eingearbeitet: www.arbeiterstimme.org

Im ersten Teil dieses Berichts (*Arbeiterstimme* 231) stand das Agieren der rechten Kräfte im Mittelpunkt. Jetzt wird die Bündnispolitik zwischen den einzelnen Bestandteilen der Mitte und des linken Flügels der Gesellschaft betrachtet. Das kann nicht losgelöst vom Desaster geschehen, das der sozialen Explosion des Jahres 2019 gefolgt ist und den Handlungsspielraum der Regierung Boric bestimmte.

Zuerst muss man sich aber in Erinnerung rufen, zu welchem Zweck die chilenische Verfassung einst designed worden ist. Das erläutert am besten ihr maßgeblicher Autor, Jaime Guzmán: „Die Verfassung muss dafür sorgen, dass die Gegner, sollten sie an die Macht kommen, gezwungen sind, einen Kurs zu verfolgen, der sich nicht allzu sehr von dem unterscheidet, den man selbst anstreben würde, denn – um es bildlich auszudrücken – der Spielraum, den das Spielfeld den darauf agierenden Akteuren tatsächlich bietet, muss so begrenzt sein, dass es äußerst schwierig ist, anders zu handeln.“

Daher war das Scheitern des linken Verfassungsprojektes eine Katastrophe. Es wurde für lange Zeit die Möglichkeit vergeben, an dieser Lage etwas zu verändern. Jede progressive Regierung kann sich nur in Bahnen bewegen, die von der Rechten vorgegeben worden sind. Das hängt in keiner Weise mit dem Willen zu tatsächlichen Veränderungen zusammen, den der jeweilige Präsident mitbringt. Bei Boric lagen von Anfang an Zweifel vor. Schließlich gab es zu seiner Unterstützung einen Wahlauftritt internationaler Promis. Diese Menschen aus dem Umfeld der europäischen Sozialdemokratie und den US-amerikanischen Demokraten sind in ihren Ländern nicht wirklich

als Kämpfer gegen den Neoliberalismus bekannt.

Dazu kam, dass die Rechte im Senat, den jedes Gesetz durchlaufen muss, genau 50 % der Mandate hielt. Ohne Zustimmung von zumindest einem dieser Politiker konnte kein Gesetz verabschiedet werden.

Unter den Wählern Borics findet man heute ein breit gefächertes Meinungsspektrum zum Wirken seiner Regierung. Einige bewerten ihre Politik im großen und ganzen positiv. Andere sehen die einzigen Erfolge im Bereich der kommunistischen Arbeitsministerin Jeanette Jara. Hier wird auf das Ley Karin, ein Gesetz gegen sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz und die schrittweise Wiedereinführung des 8-Stunden-Tages verwiesen. Letzteren hatten die arbeitenden Menschen mit dem Militärputsch von vor über 50 Jahren verloren. Eigentlich wäre es schon die Aufgabe der Regierungen der Concertación gewesen, daran etwas zu ändern.

Anders sieht das mit der unter Jara durch den Gesetzgebungsprozess geschleusten Rentenreform aus. Sie ist umstritten. Die Bewegung „NO +AFP“ lehnt sie ab. „Gabriel Bo-

ric hält also nicht nur sein Versprechen, die AFP abzuschaffen, nicht ein, sondern fördert und stärkt sie sogar offen und erschwert es der sozialen Bewegung und künftigen demokratischen Regierungen, die diesen Betrug tatsächlich beenden wollen, erheblich.“

Das sieht auch Juan Sutil, ehemals Vorsitzender des Dachverbands der chilenischen Unternehmerschaft, so: „Diese Reform bestätigt und verbessert das System der AFP.“ Überraschenderweise wird das Gesetz von der KP verteidigt. In einer Erklärung des Zentralkomitees heißt es unter anderem: „Wir sind überzeugt, dass die Schaffung einer Säule der sozialen Sicherheit, die die Solidarität zwischen den Generationen und die Solidarität mit Frauen einbezieht; die Einrichtung einer öffentlichen Institution zur Verwaltung dieser Säule; die Einbindung des IPS als Kontoverwalter; sowie die rasche Vorlage des Gesetzentwurfs zum öffentlichen Investor – neben weiteren Maßnahmen – den Anfang vom Ende eines auf Profit ausgerichteten Systems darstellen.“

Lässt man die unterschiedlichen linken Haltungen zu diesem Thema Revue passieren, handelt es sich bei dem Gesetz um eine Spekulation. Man hofft, dass sich der solidarische Anteil der Rentenversicherung besser entwickelt als der kapitalgedeckte. Tritt das ein, erwartet man, dass in der Bevölkerung der Wunsch nach einer Stärkung der solidarischen Säule wächst. Durch diesen Druck von unten kann dann der private Anteil Schritt für Schritt zurückgedrängt werden. Dieses Konzept ist die Reaktion auf eine schwache Verankerung der Linken.

Ganz anders verhält es sich mit dem Gesetzesprojekt „Naín-Retamal“. Das hätte Boric verhindern müssen. Der Name geht auf zwei im Dienst getötete Polizisten zurück. Als Folge davon hatten rechte Abgeordnete einen Gesetzesvorschlag eingebracht, der Polizisten ein besonderes Notwehrrecht einräumt. Nach dem Tod eines weiteren Carabinero hat



sich die Regierung diesen Vorschlag zu eigen gemacht und ihn mit einigen Änderungen durch die parlamentarischen Kammern gepeitscht. Das ging so weit, dass Boric das Gesetz in aller Frühe unterschrieben hat. So verhinderte er, dass die Fraktionen der Frente Amplio (FA), seiner Partei, und der Kommunisten den Text dem Verfassungsgericht zur Prüfung vorlegen konnten. Die Abgeordneten dieser Parteien haben als einzige mit Nein gestimmt. Die Sozialisten als weitere wichtige Kraft waren dafür.

Zahlreiche Menschenrechtsorganisationen hatten sich dagegen ausgesprochen. So kritisierte Amnesty International: *„Zudem könnte der neue Rechtsgrund der legitimen Notwehr die Ausübung der Rechtsgarantien für Opfer von Menschenrechtsverletzungen einschränken, da der Wortlaut der Regelung sehr vieldeutig ist und bei der Feststellung, ob Notwehr gerechtfertigt ist oder nicht, der subjektiven Auslegung des an den Vorfällen beteiligten Beamten Vorrang einräumt.“*

Genau das ist eingetreten. Im Januar dieses Jahres wurde vor Gericht geklärt, welcher Polizist ein Gummigeschoss auf Gustavo Gatica abgefeuert hat. Letzterer verlor dadurch beide Augen. Trotzdem wurde der Polizist freigesprochen. Angeblich hatte Gatica einen Stein in seiner Hand. Das wurde vom Gericht als *„aktive, potenziell tödliche Aggression“* gewertet. Daher sind die erlittenen Verletzungen Gaticas durch die legitime Selbstverteidigung des Carabínero gedeckt.

Der Stein in der Hand von Gatica scheint auch erst im Prozess aufge-

taucht zu sein. Während der sozialen Explosion hatte ihn niemand, auch nicht die Konzernmedien, gesehen. Ganz im Gegenteil. Zahlreiche Fotografen solidarisierten sich mit ihm, der *„von Schrotkugeln in beide Augen getroffen wurde, die von chilenischen Carabíneros abgefeuert wurden, während er die soziale Mobilisierung fotografierte“*

Bei dieser Interpretation des Gesetzes muss für die während der Regierung des rechtsradikalen Präsidenten Kast zu erwartenden Proteste mit dem Schlimmsten gerechnet werden. Seine Basis hatte ja schon im Wahlkampf eine harte Hand gegen gewaltbereite Demonstranten angekündigt. Wie man am Beispiel Gatica sehen kann, ist damit jeder gemeint.

Bei diesen Ergebnissen der Präsidentschaft einer Person, die von der Studentenbewegung von 2011 in das höchste Staatsamt getragen wurde, liegen polemische Einschätzungen nahe. So von Claudio Aguayo Bórquez, einem in den USA lehrenden chilenischen Professor: *„Diese Regierung hatte eigentlich die Aufgabe, den Wiederaufbau der Kraft der Massen zu unterstützen, wurde aber letztendlich zu einer abgespeckten Version der Concertación, die kleinlaut und zurückhaltend das Vermächtnis Piñeras bejubelte.“*

Das kann und muss man beklagen. Dabei sollte man aber auch immer auf die Funktion der Verfassung verweisen, die Guzmán so freimütig beschrieben hat. Sonst liegt die schlechte Politik am Willen der handelnden Personen und nicht an den von der Diktatur ererbten Grundlagen. Bei *„Naín-Retamal“* lag es selbstverständlich an Boric. Aber hätte die

Rechte ihn so vor sich hertreiben können, wenn die Kräfteverhältnisse im Parlament und Senat etwas vorteilhafter für das progressive Lager gewesen wären? Das muss sich der Teil von Borics Wählern fragen lassen, die sich 2021 während der ersten Runde in Wahlenthaltung geübt und damit darauf verzichtet haben, auf die Zusammensetzung beider Kammern Einfluss zu nehmen. Erst die Angst vor einem Rechtsradikalen hatte sie ins Wahllokal getrieben. Ohne ihre Stimmen wäre es schon vor vier Jahren zu einer Regierung Kast gekommen.

Aufgrund des extrem engen Handlungsspielraumes der Regierung war es den Konzernmedien ein Leichtes, ihr Tatenlosigkeit vorzuwerfen. Im Vergleich zur Regierung Piñera konnte sie, siehe Guzmán, auch nicht viel anders machen. Das spiegelte sich sehr schnell in den Meinungsumfragen wider.

Die Politik der Meinungsforschungsinstitute

Mit Zahlen aus Umfragen ist das so eine Sache. Viele halten ihre Ergebnisse für die pure Wahrheit. Doch allein durch die Art der Fragestellung nimmt man schon Einfluss. Dazu kommt, dass die Institute auch schlichtweg lügen können. Das ist ihnen aber nur bis zu einem gewissen Grad möglich. Überziehen sie, glaubt man ihnen am Ende gar nichts mehr. Das entzöge ihnen die Geschäftsgrundlage. Doch bei dieser Wahl scheinen sie genau das gemacht zu haben.



Zum Beispiel in der Umfrage „Plaza Pública Nr. 615“ des Instituts CADEM. Drei Wochen vor der Stichwahl will es für Franco Parisi, den Kandidaten der „Partei der Leute“ (PDG), bei der Sonntagsfrage einen Wert von 12 % ermittelt haben. Die Spannbreite seines möglichen Ergebnisses wurde mit 10 bis 14 % angegeben. Auch in den Wochen davor und bei anderen Instituten sah es nicht viel anders aus. Auf der Basis dieser Zahlen wurde Parisi in den Medien damit konfrontiert, dass er längst zur Gruppe der Zählkandidaten gehört und aus dem Rennen aussteigen sollte. Er konterte, dass ein von ihm beauftragtes Institut wesentlich höhere Werte ermittelt. Das wirkte wie Trotz eines Kandidaten, der seine Niederlage nicht eingestehen will. Doch am Ende gab ihm das Wahlergebnis recht. In der ersten Runde landete Parisi mit fast 20 % auf dem 3. Platz, er erhielt nur 4 % weniger als Kast.

Es stellt sich die Frage ob Parisi, hätten die Meinungsforschungsinstitute realistische Zahlen veröffentlicht, Kast oder Jara verdrängt hätte. Wurde mit falschen Angaben ein chancenreicher Bewerber der rechten Mitte, ein Vertreter der gut verdienenden Arbeiterschaft, aus dem Rennen gekickt?

Die Schwester von Franco Parisi, Zandra, inzwischen gewählte Abgeordnete, beschreibt ihre Erfahrungen in der traditionellen rechtsradikalen Partei UDI so: *„Mir wurde klar, dass ich ein Niemand war, und in der UDI laufen die Dinge nicht so. Man muss der Sohn von jemandem sein, damit man ernst genommen wird, dass du von der Führungsspitze geschützt wirst.“*

Dieser Klassismus findet sich nicht nur auf der Rechten. So musste Jara den strategischen Koordinator ihres Wahlkampfteams entlassen. Es war ein Video aufgetaucht, in dem er Zandra Parisi aufgrund der Schreibweise ihres Vornamens angegangen war. In Chile schreibt man diesen Namen in der Regel mit „S“. Er hatte gefragt, ob das ein Zeichen dafür sei, dass sie aus dem bildungsfernen Milieu stammt.

Doch zurück zu den Zahlen der Meinungsforschungsinstitute. Bleiben wir bei CADEM, da deren Ergebnisse kontinuierlich im Internet veröffentlicht werden. Bei dem der Öffentlichkeit in der Plaza Pública Nr.

588 zugänglich gemachten Teil ihrer Datensätze hatten über die Zeit nur Kast und Matthei gute Werte. Wobei 10 % Zustimmung nicht wirklich viel ist. An der Spitze lag Matthei mit um die 20 % deutlich vor Kast.

Im progressiven Spektrum schaffen es nur zwei Politikerinnen auf oder über den 10 % Wert. Die eine ist Carolina Tohá. Sie hat ihren politischen Weg in der Studentenbewegung gegen die Militärdiktatur begonnen. Später wurde sie als Vertreterin der PPD (Partei für die Demokratie) in verschiedene Funktionen gewählt und hat als Ministerin Regierungsverantwortung getragen. Sie lag im März genau bei 10 %.

Die andere ist die ehemalige Präsidentin Michelle Bachelet, die 2024 zweimal auf 11 % und im Februar 2025 auf 12 % gekommen ist. Für die spätere Präsidentschaftskandidatin dieses Lagers, Jeannette Jara, wurden lange Zeit überhaupt keine Zahlen erhoben. Erst 2025 hat man damit angefangen. Ihr bester Wert lag bei 6 % und war das damals letzte Umfrageergebnis. Bei dieser Umfrage lagen Tohá und Jara gleichauf.

Etwas anders sieht das bei der Sonntagsfrage aus. Dort wurden verschiedene mögliche Konstellationen für die erste Runde abgefragt. Jedoch war immer nur ein Bewerber des progressiven Lagers dabei. Jeder dieser Politiker wurde den Befragten in zwei unterschiedlichen Panels vorgelegt. Im April erreichte da Tohá 17 % bzw. 18 %, Jara 12 %/13 % und Gonzalo Winter, Abgeordneter der Frente Amplio, 9%/10 %.

Die Kandidatensuche des progressiven Lagers

Es spricht viel dafür, dass die Zahlen der Institute hinsichtlich der möglichen progressiven Kandidaten realistisch waren. Daher hätte sich das Wahlbündnis Unidad Por Chile (Einheit für Chile) besser intern auf Tohá als gemeinsame Bewerberin geeinigt. Sie wäre immer noch besser als jeder rechte Präsident geworden, auch wenn ihre Partei nicht wirklich etwas verändern will. Doch dazu ist es, wie schon vor vier Jahren, nicht gekommen. Man verständigte sich auf eine im Wahlrecht vorgesehene Vorwahl.

Vorwahlen werden von den daran beteiligten Parteien bei der staat-

lichen Wahlbehörde Servel beantragt. Diese Behörde organisiert dann die Abstimmung. Wahlberechtigt sind alle Chilenen, sofern sie nicht einer gegnerischen Vereinigung angehören. Das ist möglich, da man in Chile den Eintritt in eine Partei bei Servel vollzieht. Diese Behörde führt die Mitgliedslisten und kann daher sagen, wer stimmberechtigt ist.

Eine Folge dieser Vorgehensweise ist, dass man seinen Gegnern die Entscheidung über den eigenen Kandidaten in die Hand gibt. Theoretisch können sich so alle Anhänger der Rechten, sofern sie keiner Partei angehören, an der Kandidatenauswahl der „Linken“ beteiligen. Ob das so passiert, ist umstritten.

In diesem Zusammenhang ist ein Leserbrief von Pablo Longueira in der Tageszeitung *El Mercurio* interessant. Longueira ist ein historischer Führer der UDI. Das war zu Zeiten der Concertación die Partei der Fachos. Er wandte sich in seinem Schreiben gegen Diskussionen in offenbar rechten Chatgruppen, die in der Vorwahl des Regierungslagers die Stimmabgabe für Jara nahelegen. Er folgt zwar der dort vertretenen Ansicht, dass es leichter ist, in der Präsidentschaftswahl gegen Jara zu gewinnen als gegen Tohá. Doch er hält die Vorwahl unter politischen Gesichtspunkten für genauso oder sogar noch wichtiger als die Präsidentschaftswahl. *„Sollte die KP siegen, [bei der Vorwahl, EB] werden die Konsequenzen noch Jahrzehnte andauern, im Gegensatz zu den Präsidentschaftswahlen wo es sich nur um die folgenden vier Jahre handelt.“*

Solche taktischen Überlegungen leuchten ein. Überprüfen wir also das Verhalten der rechten Basis anhand der Zahlen von Vitacura. Dabei handelt es sich um eine Kommune von Santiago, die nach der sozialen Explosion den Weg zu einer neuen Verfassung nicht beschreiten wollte. Fast 70 % stimmten damals mit Nein. Nur in zwei benachbarten Gemeinden lag dieser Wert ebenfalls über 50 %. In diesem Teil Santiagos ballen sich die Reichen wie auch die Absolventen der guten Schulen und Universitäten. Dort wohnt nicht nur das Geld. Dort wohnen auch die rechten Denker. Sie entwerfen die politischen Strategien und wissen, welche Auseinandersetzungen im Hintergrund laufen. Wie hat sich dieses Milieu in der Vorwahl verhalten?

Wenig überraschend ist, dass die Wahlbeteiligung mit 7,26 % deutlich unter der landesweiten von 9,17 % liegt. Insgesamt haben sich in Vitacura 6.055 Menschen an der Abstimmung beteiligt. Die am deutlichsten neoliberale Kandidatin Tohá lag, in diesem Umfeld zu erwarten, mit 4.706 Stimmen weit vor allen anderen. Jara als Zweitplatzierte wurde nur von 882 Wählern gewünscht.

Aufgrund dieser Zahlen sollte in Vitacura bei der ersten Runde der Präsidentschaftswahl Jara mindestens 6.055 Mal angekreuzt worden sein. Doch ihr Ergebnis lag bei nur 5.000 Stimmen. Selbst wenn man die Werte der Zählkandidaten der Mitte, Marco Enriquez-Ominami (MEO) und Harold Mayne-Nicholls, und der K-Gruppen-Kandidatur von Eduardo Artés dazu addiert, erreicht man mit 6.034 Stimmen knapp die Zahl der Teilnehmer an der Vorwahl.

Das ist ein deutlicher Hinweis für taktisches Wahlverhalten von Menschen, die sich außerhalb der Regierungskoalition verorten. Für die Wähler von MEO, Mayne-Nicholls und Artés war die Vorwahl nicht gedacht. Außerdem ist möglich, konform mit dem Leserbrief von Longueira, dort sprach er auch von erfolgreichen Jahrzehnten mit Regierungen der Concertación, dass einige seiner Anhänger zu Gunsten von Tohá eingegriffen haben.

Jara hat die Vorwahl deutlich mit einer landesweiten Zustimmung von 60 % gewonnen. Tohá kam nur auf die Hälfte. Daher kann man ausschließen, dass diesmal taktisches Verhalten von Parteifremden Einfluss auf das Ergebnis hatte. Doch bei einem knappen Ausgang können die Stimmen der Gegner entscheidend sein. Daher sollte man sein Schicksal nicht dem Glücksspiel einer Vorwahl überlassen.

Der Vollständigkeit halber sollen auch die Ergebnisse der anderen Vorkandidaten erwähnt werden. Gonzalo Winter von der FA erhielt 9 % und Jaime Mulet von der Federación Regionalista Verde Social (Regionalistische Grüne Soziale Föderation) kam auf 2,7 %.

Rechte stimmen für Jara

Die Wahlergebnisse aus Vitacura beinhalten eine weitere Überraschung. Addiert man die Zahlen von Kaiser, Kast und Matthei aus

dem erten Wahlgang, kommt man auf 62.822 Stimmen. Vergleicht man das mit den 57.910, die Kast in der Stichwahl erhielt, fehlen 4.912 Stimmen. Begibt man sich auf die Suche nach deren Verbleib, die Wahlbeteiligung hat sich so gut wie nicht verändert, stellt man fest, dass sich die Zahl der ungültigen Stimmzettel um 3.115 erhöht hat. Damit fehlen aber immer noch 1.797 Stimmen. Man kann es sich nur so erklären, dass sie zu Jara gewechselt sind.

Longueira sprach in seinem Diskussionsbeitrag von „unkalkulierbaren Konsequenzen für unsere Demokratie“ bei einem Sieg Jaras in den Vorwahlen. Das lesen viele als Warnung vor einer kommunistischen Diktatur. Doch seine Wortmeldung lässt sich auch anders interpretieren, als Hieb gegen die Kettensägenmänner Kaiser und Kast. Als langgedienter rechter Kämpfer kennt er sich mit Propaganda aus. Er weiß, unter welchen Rahmenbedingungen sie wie wirksam werden kann. Daher hatte er beim Verfassen seines Textes die Reaktion der rechten Basis im Sinn, die Jara als Kandidatin des Regierungslagers auslöst.

Das wird im Onlinemedium *Ex-Ante* anhand der Gründe für die Niederlage Mattheis beschrieben. Jaras „Antritt polarisierte die politische Landschaft, was Kast zugute kam. Mit einer ernstzunehmenden Kandidatin der KP wurde Mattheis gemäßigerer Diskurs von der rechten Wählerschaft als unzureichend wahrgenommen, um ihr Paroli zu bieten. (...) Außerdem hatte Matthei ihre Kandidatur auf der Grundlage von Kompetenz in der Amtsführung, Erfahrung und ‚Ordnung‘ angelegt. Doch Jara brachte den ideologischen Gegensatz ins Spiel, und ihr Narrativ verlor an Boden.“

Die Möglichkeit zur ideologischen Auseinandersetzung ließ sich Kaiser nicht nehmen. Er tonte: „Das ist ein schwerer Schlag für die Demokratie, dass die Vertreterin einer Partei, die nicht an die Demokratie glaubt, die Vorwahlen der Regierungspartei gewonnen hat.“ Daneben forderte er die KP auf, „die Waffenarsenale zu übergeben, die immer noch ihre Macht konservieren“ sollen. Natürlich wurden der Partei auch ihre vermuteten Beziehungen zur kolumbianischen FARC-Guerrilla und zur Regierung von Venezuela, damals noch unter Maduro, vorgeworfen.

Am Ende landete Matthei unter den vier rechten Kandidaten, wenn man Parisi dazu zählt, auf dem letzten Platz. Wobei die Rechte Parisi nicht als einen der ihren sieht. Das zeigt wieder Vitacura. Dort liegt der Chef der PDG selbst im Kellerduell unter 1 % nur auf dem zweiten Platz. Die Bourgeoisie will nichts mit ihm zu tun haben.

Das Bürgertum selbst ist gespalten. Zwar landete Matthei in Vitacura mit Abstand auf dem ersten Platz (42,4 %), aber Kaiser und Kast, die für einen Bruch mit der bisherigen rechten Politik stehen, überflügelten sie mit zusammen 48 %.

Nach dem Einzug von Kast in die Stichwahl wurde er von Kaiser und Matthei unterstützt. Schaut man sich jetzt sein Kabinett an, trifft sich dort die Putschkoalition von 1973 wieder. So Ximena Rincón (Demócratas) als Vertreterin des Teils der Christdemokratie, die die Partei in den letzten Jahren verlassen hat. Sogar die Radikale Partei ist mit Jaime Campos vertreten, einem ehemaligen Minister der Concertación. Das überrascht insofern, da die Radikalen dem progressiven Bündnis „Unidad Por Chile“ angehört hatten. Die Kritik aus seiner Partei weist er zurück. Er sei schon viel länger ein Radikaler als die aktuellen Anführer der Organisation. Die traditionsreiche Partei befindet sich nach dieser Wahl im Prozess der Auflösung. Sie hat weder die geforderten Prozente noch die notwendige Anzahl an Mandaten erreicht.

Die einzige Partei, die man in Kasts Kabinett vermisst, ist die National Libertäre Partei von Kaiser. Er will ganz offen eine rechte Alternative sein, um die von dieser Regierung Enttäuschten aufzufangen.

Das Agieren der KP

Seit Ende der 30er Jahre des letzten Jahrhunderts, mit Ausnahme von Gladys Marín im Jahr 1999, finden sich keine kommunistischen Kandidaten unter den Bewerbern für die Präsidentschaft. In der Regel hat die KP zur Wahl des Kandidaten des Bündnisses aufgerufen, zu dem sie jeweils gehörte.

Bei der Ermittlung der Kandidaten dieser Wahlallianzen brachte man durchaus eigene Persönlichkeiten ins Spiel. So im Rahmen der Unidad Po-

pular für die Wahl von 1970 den späteren Nobelpreisträger für Literatur, Pablo Neruda. Doch diese Vorschläge waren nicht ernst gemeint und dienten nur als Verhandlungsmasse im Bündnis. Daher wurden sie im Laufe der Diskussion zurückgezogen.

Das hat sich in letzter Zeit geändert. Seit der Präsidentschaftswahl 2021 versucht die KP eigene Kandidaten als Bewerber des progressiven Lagers durchzusetzen. Damals ging sie mit Daniel Jadue ins Rennen, der aber in der Vorwahl mit einem achtbaren Resultat Gabriel Boric unterlag.

In Vorbereitung des Wahljahres 2025 hat im Januar der 27. Parteitag beschlossen, „dass unsere Partei bei den kommenden Präsidentschaftswahlen im Rahmen einer breit angelegten Vorwahl antreten und dazu beitragen soll, die Präsidentschaftswahlen zu gewinnen.“

Warum agiert die Partei so? Dieser Ansatz beinhaltet ausdrücklich die Möglichkeit eines kommunistischen Präsidentschaftskandidaten. Glaubt sie wirklich, dass in Chile ein Kommunist Präsident werden kann? Der Repräsentant einer Partei, von der in einer Umfrage im Jahr 2024 75 % eine schlechte Meinung haben, nur 18 % sehen sie positiv. Heute, nach dem Wahljahr, haben sich die Werte für die KP leicht verbessert und liegen bei 67 % Ablehnung und 28 % Zustimmung. Das sind aber immer noch keine Zahlen, die einen dazu auffordern, mit einem eigenen Kandidaten in den Kampf zu ziehen.

Weiter oben wurde die erwartbare politische Dynamik beschrieben, die ein kommunistischer Kandidat auslöst. Zumindest der Leitung der KP muss das bewusst gewesen sein. Man könnte fast glauben, dass sie wesentlich einen Präsidenten Kaiser oder Kast in Kauf genommen hat.

Letzteres kann ausgeschlossen werden. Der geänderte Ansatz ist wahrscheinlich das Ergebnis von demokratischen Willensbildungsprozessen innerhalb der Partei. Jahrelang haben sich die einfachen Mitglieder bei jeder Präsidentschaftswahl für die Kandidaten anderer Parteien eingesetzt. Darunter für so zweifelhafte Personen wie Patricio Aylwin oder Eduardo Frei Ruiz-Tagle. Da entsteht natürlich der Wunsch, dass man auch einmal mit einem Kandidaten an der Reihe ist. Dass ein kommunistischer Kandidat von den langjährigen Bündnispartnern unterstützt wird.

Dieser Gedankengang ist verständlich, doch verkennt er die Funktion einer kommunistischen Partei in einer bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft. Ihr Ziel ist die An-



näherung an eine Gesellschaft der Gleichheit. Dafür sind grundlegende Veränderungen des gegenwärtigen kapitalistischen Systems notwendig. Sie können nur zusammen mit einer deutlichen Mehrheit der Bevölkerung durchgeführt werden. Diese Mehrheit gibt es gegenwärtig nicht. Sollte sie eines Tages zustande kommen, wissen wir nicht, auf welchem Weg diese Mehrheit die Gesellschaft umgestaltet wird. Durch eine Revolution wie damals in Russland oder, das gab es dort nicht, im Rahmen der vorhandenen bürgerlich-demokratischen Strukturen. In beiden Fällen müssen Kommunisten der Gesellschaft Handlungsvorschläge machen, die der Mehrheit einleuchten. In Zeiten wie heute sind das Vorschläge für eine konsequente Reformpolitik zu Gunsten der unteren Schichten der Bevölkerung.

Diese doppelte Funktion einer KP ist vielen unangenehm. Ihre Existenz erinnert, auch ihre Bündnispartner, daran, dass die vorhandenen Probleme möglicherweise gar nicht durch die aktuell praktizierte Politik gelöst werden können. Das stört all diejenigen, die es sich im gegenwärtigen System erträglich eingerichtet haben. Daher das negative Bild, das die große Mehrheit der Gesellschaft von der KP hat. Das ist so, obwohl alle wissen, dass für sie von dieser Partei keine Gefahr ausgeht. Daher hat ja auch das gesamte progressive Spektrum, einschließlich der darin befindlichen Neoliberalen, Jara gewählt.

In der Wahlanalyse des Zentralkomitees vom 20.12.2025 wird von

Umfragen des Wahlkampfstabes von Jara berichtet. Sie ergaben, dass sie 57 % ablehnen, da sie für die Kontinuität der Regierungspolitik Boric's steht und 54 % wegen ihrer Mitgliedschaft in der KP. Für die Kontinuität der Regierung Boric hätte auch Tohá gestanden, weshalb man feststellen muss, dass diese Wahl für das Regierungslager wohl nicht zu gewinnen war. Trotzdem muss sich die KP fragen, ob bei einem Verzicht auf einen eigenen Kandidaten sich vielleicht die am wenigsten extrem rechte Kandidatur durchgesetzt hätte.

Die Ergebnisse der Parlamentswahlen

Schauen wir, ob sich die Strategie der KP wenigstens bei den parallel dazu abgehaltenen Wahlen zu Senat und Parlament ausgezahlt hat. Im Senat hat sie ihre Sitze von zwei auf drei gesteigert. Da in dieser Kammer alle vier Jahre nur die Hälfte der Senatoren erneuert wird, ist offen, ob es sich dabei um aktuelle Zugewinne handelt. Möglicherweise hätte die Partei schon bei der letzten Wahl, sofern alle Sitze zu besetzen gewesen wären, drei Mandate erhalten. Daher ist es interessanter, sich die Ergebnisse der zweiten Kammer anzusehen. Da kann man die Zahlen besser vergleichen.

Im Parlament hat die KP ein Mandat verloren. Die Fraktion ist von 12 auf 11 Sitze geschrumpft. Das ist erst einmal ein Verlust. Doch hätte er wesentlich größer ausfallen können. Das hängt mit der wieder geltenden Wahlpflicht und der dadurch gestiegenen Wahlbeteiligung zusammen. Die Zahl der Wähler ist von 7 Millionen (47,2 %) auf 13,4 Millionen (85,8 %) nach oben geschneilt. Einen nicht ganz so dramatischen Verlauf hat auch die Zahl der ungültigen Stimmen genommen. Sie stieg um fast 2 Millionen. So wurden im Jahr 2021 6,3 Millionen gültige Stimmen abgegeben. Dieses Mal sind es 10,7 Millionen, das sind fast 70 % mehr. So gesehen ist der Verlust eines Mandates verschmerzbar.

Durch die hohe Wahlbeteiligung sank das kommunistische Stimmergebnis von 7,4 % auf 5 %. Das sieht nach einem dramatischen Verlust aus. Betrachtet man die Stimmen der von der KP nominierten Kandi-

daten, hat sich deren Zahl aber um 73.084 auf jetzt 538.793 erhöht. Diese Zahlen muss man in Bezug zu den Wahlberechtigten setzen, um den gesellschaftlichen Einfluss der Partei zu ermitteln. Danach ist die kommunistische Verankerung leicht von 3,1 % auf 3,45 % gestiegen.

Das ist das Ergebnis einer klugen Bündnispolitik. Innerhalb der Wahlallianz gab man der Forderung der anderen Parteien nach, die Zahl der kommunistischen Kandidaten herabzusetzen. Das Argument war, dass die KP mit der Präsidentschaftskandidatin schon im Zentrum der Aufmerksamkeit steht. Auf der anderen Seite bot man Gustavo Gatica einen für die Partei reservierten Platz auf der Liste von „Unidad Por Chile“ an. Er hätte lieber bei der Frente Amplio kandidiert, doch dort hatte man ihn abgewiesen.

Am Ende erhielt Gatica die zweithöchste Zahl an persönlichen Stimmen. Für ihn sprachen sich 96.002 Menschen aus, nur Pamela Jiles von der PDG konnte ca. 1.400 mehr für sich verbuchen. Jiles stammt aus einer kommunistischen Familie, war wohl 20 Jahre Parteimitglied und ist über die Humanisten zur PDG gestoßen. Dort ist sie neben Parisi das bekannteste Gesicht dieser Partei. Man hat den Eindruck, dass sie dort neben dem Parteichef die einzige Person ist, die zu selbstständigem politischen Handeln imstande ist. Gelernt ist gelernt, kann man da nur sagen.

Das Abschneiden des progressiven Lagers

Neben den Kommunisten ist die Frente Amplio eine der beiden größeren Parteien, in der sich konsequente Reformkräfte finden. Sie hat trotz der größeren Wahlbeteiligung 54.163 Stimmen verloren und liegt jetzt bei 753.568 Stimmen. Hier stellt sich die Frage, inwieweit das ein Ergebnis des Faktors Gatica ist. Vielleicht sind diese früheren Wähler der FA zur KP gewandert.

Mit ihrem Wahlergebnis ist die FA die stärkste progressive Kraft. Sie kann 7,5 % der gültigen Stimmen für sich verbuchen. Gefolgt von den Sozialisten mit 5,5 %, der KP mit 5 %, den Christdemokraten mit 4,2 % und der PPD mit 4,02 %.

Bei den Christdemokraten (DC) ging es bei dieser Wahl um ihr Überleben. Sie hatten zwei Alternativen. Bei Unidad Por Chile mitzumachen und als Eintrittsvoraussetzung eine kommunistische Präsidentschaftskandidatin zu unterstützen. Das wäre ein Bruch mit vielen ihrer Traditionen.



Oder sie hätten etwas Eigenes auf die Beine stellen müssen, mit unklarem Ausgang. Ziel war, mit ausreichenden Mandaten und/oder Stimmprozenten den juristischen Status als Partei zu erhalten. Das ist ihr, wie auch der PPD, gelungen.

Trotzdem ist das mit der DC, ehemals eine Partei der rechten Mitte, so eine Sache. Vor der Stichwahl empfing das Parteimitglied und ehemalige Präsident Chiles, Eduardo Frei Ruiz-Tagle, Kast in seinem Haus. Öffentlich wollte er weder zur Wahl Jaras noch Kasts aufrufen, doch die Medien interpretierten den Empfang von Kast als indirekte Wahlempfehlung für letzteren.

Insgesamt bedeutete die Wiedereinführung der Wahlpflicht für die Kräfte der Mitte und der Linken eine Katastrophe. Unter der optimistischen Annahme, dass kein Mandatsträger der Christdemokraten und der Radikalen Positionen der rechten Mitte vertritt, und daher bereit zur Zusammenarbeit mit der Rechten war, hat dieses Lager 2021 79 Mandate erzielt. Damit stellte man zwar die Mehrheit der Abgeordneten, aber bei zwei Abwechslern war sie schon wieder verloren.

Jetzt ist dieses Lager, außerhalb der Liste von Unidos Por Chile wurden drei Sitze gewonnen, auf nur 64 Mandate gekommen. Das sind 15 weniger als vor vier Jahren. In Stimmenzahlen, einschließlich der K-Gruppen-Kandidaturen und ähnlichem aus dem grünen Bereich, sieht es eigentlich ganz positiv aus. So ist deren Zahl von 3.194.200 auf 4.547.464 gestiegen. Doch das bedeutet einen Rückgang von 50,4 % auf 42,4 %

der gültigen Stimmen. Die Zahl der Mandate entspricht in etwa diesen Prozentzahlen. Doch der Absturz hätte bei weniger Konkurrenz-kandidaturen abgefedert werden können.

Der Hintergrund ist, dass es in diesem Spektrum mehr Parteien gibt als Plätze auf den Listen der bevölkerungsreichsten Wahlkreise. Da alle Organisationen antreten müssen, um nicht den juristischen Status als Partei zu verlieren, haben sie ein Problem. Sie meinen es mit Eigenkandidaturen lösen zu können. Doch das funktioniert nicht. Nach Abschluss dieser Wahl hat Serval die Auflösung von

13 Parteien bekanntgegeben. Darunter neun, die der Linken oder der Mitte zuzuordnen sind. Man fragt sich schon, was eigentlich der inhaltliche Unterschied zwischen der Humanistischen Partei und der Humanistischen Aktion oder der Grünen Volksallianz und der Grünen Partei ist.

Wohin das führt, zeigt der Distrikt 20 in Concepción. Dort sind zwei Listen, die das Wort Grün im Namen führen, gegeneinander angetreten. Zusammen haben sie zwar 81.207 Stimmen erhalten, aber das Mandat ging an die PDG, obwohl sie es nur auf 79.370 Stimmen brachte.

Eine weitere Auffälligkeit zwischen den verschiedenen Wahlgängen ist die Zahl der ungültigen Stimmen. So nahmen ca. 85 % der Chilenen an allen Wahlen teil. Während bei der 1. und 2. Runde der Präsidentschaftswahl über 90 % der Wähler gültige Stimmzettel abgegeben haben, machten das bei der Wahl der Abgeordneten nur knapp 80 %. An der Parlamentswahl haben ca. 2,2 Millionen Menschen weniger teilgenommen als an der Präsidentschaftswahl. Das ist aber eher ein Problem für die Rechte und die rechte Mitte als für die Progressiven.

Während die Listen der Mitte und der Linken ca. 4,5 Millionen Stimmen erhielten, kamen die Präsidentschaftskandidaten dieses Feldes nur auf ca. 3,8 Millionen. Haben da Wähler von Parisi „links“ gewählt? Es ist die einzig mögliche Erklärung, da die Liste der PDG nur die Hälfte der Stimmen ihres Frontmannes erhalten hat. Im ersten Teil dieser Analyse hatten wir schon darauf hingewiesen, dass mehr als die Hälfte der Wähler

Paris in der Stichwahl für Jara gestimmt haben. Das wird durch diese Zahlen bestätigt.

Könnte die Rechte und die rechte Mitte ihr Potenzial der Präsidentschaftswahl auch bei der Parlamentswahl für sich mobilisieren, würden sie ihre Gegner erdrücken. Auch im Senat sind letztere jetzt in der Minderheit. Daher sind die Wahlen des Jahres 2025 in Chile für das progressive Lager eine schwere Niederlagen, aber es hätte noch schlimmer kommen können. Doch dramatisch ist, dass jetzt eine Person das Land regiert, die ohne Einschränkung hinter der zivilmilitärischen Diktatur von Pinochet steht. Besonders die KP muss sich fragen, inwieweit sie dem mit ihrem Agieren Vorschub geleistet hat.

Der Justizkrieg

Daniel Jadue kam in diesem Text bisher nur als Vorkandidat des Jahres 2021 vor. Eigentlich wollte er für das Abgeordnetenhaus kandidieren. Doch die Justiz hat das mit der Fortsetzung ihres Krieges gegen den als Bürgermeister von Recoleta landesweit bekannt gewordenen Kommunisten verhindert. Sie wirft ihm Steuerhinterziehung, Betrug, Bestechung und Insolvenzverschleppung vor. Auf dieser Basis hat sie ihn als „Gefahr für die Gesellschaft“ zu einer Untersuchungshaft von 120 Tagen verurteilt. Gleichzeitig kegelte sie ihn damit aus seinem Amt. Kommt ein Stadtoberhaupt an 45 Tagen seinen dienstlichen Pflichten nicht nach, verliert er sein Mandat.

Hinsichtlich der Qualität der Vorwürfe berichtet das Online-Medium *El Ciudadano*: „Als er zum Hausarrest überstellt wurde, erklärte Richterin Paula Brito, es sei weder klar, dass die Straftaten begangen worden seien, noch dass Jadue daran beteiligt gewesen sei.“ Das beweist, dass man ihn als konsequenten Kritiker der Verhältnisse vom Spielfeld verbannt. Auch der Vergleich mit rechten Politikern, denen das Gleiche vorgeworfen wird, zeigt das. Bei ihnen wird nie zu so drastischen Maßnahmen gegriffen.

Jetzt folgte der nächste Schritt. Zwei Wochen vor Schließung der Wählerliste wurde gegen Jadue Anklage erhoben. Das, obwohl die Worte der Richterin bis heute nicht korrigiert werden müssen. Die An-

klage entzieht den davon Betroffenen automatisch das aktive und passive Wahlrecht.



Hintergrund dieses Vorgehens ist, dass Jadue in seiner Funktion als Bürgermeister gezeigt hat, was trotz der neoliberalen Ordnung zugunsten der Menschen gemacht werden kann. Am bekanntesten ist die von ihm als Service der Gemeinde Recoleta eingeführte Volksapotheke. Dort werden Medikamente ohne Gewinnerzielungsabsicht verkauft. Das hat solche Wellen geschlagen, dass dieses Konzept sogar von rechts regierten Gemeinden übernommen wurde. Ein Paradebeispiel für die aktuelle Arbeitsweise von Kommunisten. Ganz klar, dass das der herrschenden Klasse nicht gefällt. Insbesondere den Apothekenketten, die schon durch Preisabsprachen zu Lasten der Kranken aufgefallen sind.

Ausblick

Der Start der Regierung Kast ist von den üblichen Problemen gekennzeichnet, die auftreten, wenn Führungskräfte aus der Wirtschaft plötzlich ein politisches Amt bekleiden. Sie müssen lernen, dass sie nicht einfach so durchregieren können. Fast alles sollten sie mit ihrer Basis abstimmen, bevor sie damit an die Öffentlichkeit treten.

Daher ist ihnen nicht aufgefallen, dass es merkwürdig ist, wenn von den geplanten massiven Kürzungen auch die Polizei betroffen ist. Das wollte die Regierung machen, obwohl man im Wahlkampf den Menschen erzählt hat, dass Chile in der Kriminalität versinkt.

Diese Anlaufschwierigkeiten, sie erinnern an die erste Regierung Piñe-

ra, haben schon im zweiten Regierungsmonat zu einer Kabinettsumbildung geführt. Dessen ungeachtet hat

es die Regierung Kast eilig, sich den USA zu unterwerfen. Am Tag nach dem Regierungswechsel wurde mit diesem Land eine Absichtserklärung zur Etablierung von Konsultationen über kritische Mineralien und Seltene Erden unterzeichnet. Weitere Dokumente folgten einen Monat später. Es ist nicht klar, was sie genau beinhalten. Laut dem Online-Medium *El Ciudadano* ist der Post des US-Botschafters in Santiago auskunftsfreudiger als die Erklärungen der chilenischen Regierung.

Für *El Siglo*, dem Internet-Portal der KP, öffnen diese Vereinbarungen „die Türen Chiles den Polizisten, Händlern und Autoritäten der Vereinigten Staaten“: Es wird gefragt, ob auf Basis dieser Dokumente die USA bestimmen können, an wen Chile Lithium und kritische Mineralien verkaufen darf. Der chilenische Außenminister Francisco Pérez Mackenna bestreitet das, aber laut *El Despertar* wird im unterzeichneten Text explizit anerkannt, „dass diese Ressourcen für die ‚nationale Sicherheit‘ der USA und ihre ‚Wirtschaftssektoren‘ von grundlegender Bedeutung sind“. Wahrscheinlich sind das die Jahrzehnte andauernden Konsequenzen, vor denen Longueira gewarnt hat.

Gegenwärtig sind alle rechten Strömungen vereint in Kasts Kabinett der Nationalen Einheit. Doch könnte es da noch zu gewaltigen Auseinandersetzungen kommen. Besonders dann, wenn die USA im Rahmen ihrer Politik gegen China chilenischen Unternehmern lukrative Geschäfte untersagen.

25.05.2026 Emil Berger

Die Wahlen in Großbritannien verursachen einen Schock

Am 5. Mai fanden in einigen Teilen Großbritanniens Wahlen zu Stadträten und in Bezirken (Countys) sowie für die Regionalparlamente von Wales und Schottland statt. Die Ergebnisse führten zu einer völlig neuen Lage: Sowohl die Tories als auch die Labour Party erlitten schwere Niederlagen, während vor allem die Rechtspopulisten von Reform UK und die linken Grünen einen Durchbruch schafften.

In Schottland schnitt die nationalistische¹ SNP gut ab; aber sie schaffte nicht die Mehrheit. Dies hatte sie erhofft, um sich für ein neuerliches Referendum für eine Unabhängigkeit vom Vereinigten Königreich einzusetzen. Labour erlitt schwere Verluste.

In Wales wurde Plaid Cymru (Nationalisten, die sich in den letzten Jahren nach links entwickelt haben) die stärkste Partei. Eluned Morgan, die Premierministerin von Labour, verlor sogar ihren Sitz im Parlament.

Offenbar verlor Labour 1.429 Ratssitze und Reform gewann 1.446 neu hinzu. Labour verlor den traditionellen Rückhalt in den industriellen Zentren, den sie dort seit dem Aufstieg der Partei hatte und ihrer Reformen, die das Leben der Mehrheit der Arbeiterklasse so verbesserten.

Bei den traditionellen Wählern von Labour ist Starmer sehr unbeliebt. Er begann mit Kürzungen, die die Ärmsten und die Behinderten trafen; aber wegen der Proteste, besonders von Labour-Abgeordneten, zog er sie wieder zurück. Aber er hat wenig getan, damit es den Leuten aus der Arbeiterklasse besser geht. Sogar bürgerliche Kommentatoren sagen, es sei unklar, was Starmers Plan ist oder wofür er steht. Von Tag zu Tag wird die Zahl derjenigen Abgeordneten von Labour größer, die fordern, dass er zurücktritt; aber er besteht darauf, dass er im Amt bleibt. Schon vor Monaten forderte Anas Sarwar, der Parteiführer von Labour in Schottland, er solle zurücktreten. Zur Zeit

hat die Linke von Labour niemand, der in der Lage wäre, ihn zu ersetzen. Andy Burnham, der beliebte Bürgermeister von Greater Manchester, ist der Favorit, aber er hat gegenwärtig keinen Sitz im Parlament.² Es wird gemunkelt, die Mitgliedschaft von Labour sei von mehr als 500.000 auf möglicherweise 200.000 gesunken.

Der Think-Tank „Labour Together“ wurde unter anderem von Morgan McSweeney gegründet, der 2020 Starmers Stabschef wurde. Zuvor hatte er eine Schlüsselrolle dabei gespielt, Starmer zu fördern, nachdem er Jeremy Corbyn durch Wühlarbeit zu Fall gebracht hatte und die Rechtswende von Labour voranbrachte. Die Vorgeschichte von McSweeney in seinem Kampf gegen die Linken reicht bis in die 2000er Jahre zurück. Er ist ein Freund von Peter Mandelson und drängte darauf, dass dieser



Andy Burnham im Wahlkampf

britischer Botschafter in den USA werden solle, was er im Dezember 2024 auch wurde. Mandelson wurde entlassen, als bekannt wurde, dass er ein enger Freund des Pädophilen Jeffrey Epstein war, sogar noch, nachdem dieser im Gefängnis war. Ganz offensichtlich wusste Starmer davon. Im Februar 2026 wurde bekannt, dass Mandelson Epstein „sensible Markt-

informationen“ hatte zukommen lassen. Es stellte sich ebenfalls heraus, dass Mandelson und McSweeney Starmers Kabinett ausgesucht hatten. McSweeney trat wegen Mandelsons Abgang zurück, weil er sich dafür eingesetzt hatte, dass jener den Botschafterposten erhielt.

Labour Together arbeiteten daran, Corbyn mit falschen Antisemitismus-Vorwürfen abzusägen, wegen seiner langjährigen Unterstützung der palästinensischen Sache. In Wirklichkeit hatte er sein Leben lang Rassismus bekämpft. Jetzt sind sie dazu übergegangen, die Grünen, deren Parteichef Zack Polansky selber Jude ist, des Antisemitismus zu bezichtigen. Eine Schlüsselfigur von Labour Together, die jetzt die Idee verbreiten, die Grünen seien Antisemiten, ist Steve Reed, ein Kabinettsminister in Starmers Regierung. Starmer ist ein großer Unterstützer von Israel und seiner Aktivitäten in der Region. Es werden Waffen an das Land verkauft, ohne Rücksicht auf die öffentliche Kritik. Es wird sogar davon gesprochen, pro-palästinensische Demonstrationen zu verbieten.³

In letzter Zeit hat es einige antisemitische Angriffe auf jüdisches Eigentum und auf jüdische Menschen gegeben. Diese sind rechten Ursprungs, sie kommen nicht von der Linken. Einige kamen auch von Anhängern des Iran.

Gegenwärtig ist der einzige, der Starmer die Führerschaft der Partei streitig macht, der rechte Gesundheitsminister Wes Streeting. Er wäre keine bessere Lösung.

m.j. (14.5.2026)

1– „Nationalisten“ im englischen Sprachgebrauch meint eher „los von England“ (also in Wales, Schottland, Nordirland)

2– Inzwischen gewann Burnham bei der Nachwahl im Wahlkreis Makerfield einen Sitz im britischen Unterhaus. Damit kann er für den Parteivorsitz kandidieren. Der Vorsitzende der Regierungspartei wird in der Regel auch Premierminister.

3– inzwischen ist ja „Palestine Action“ zur terroristischen Vereinigung erklärt worden; deren Demonstrationen, aber auch jene, die sich gegen diese Kriminalisierung wenden, werden mit Gewalt von der Polizei aufgelöst. 3.070 Personen wurden bislang verhaftet.

Briefe an die Redaktion

Antisemitismus, reale Gefahr und staatliche Projektion

Arbeiterstimme Nr. 231/Seite 29

„Antisemitismus, früher ein Kampf-begriff gegen die Diskriminierung und Entrechtung der Juden, einer bedrängten und schwachen Minderheit, ist zu einem Schild zur Abwehr von Kritik an Israels Politik geworden, eines Staates, [...] der heute ein anderes Volk unterdrückt und entrechtet.“ Dieser Satz stammt aus einem neuen Buch von Georg Auernheimer. (Arbeiterstimme Nr.231)

Auernheimers These — wie er sie in „Zweierlei Antisemitismus: Staatsräson vor universellen Menschenrechten?“ (PapyRossa, August 2025) entfaltet — trifft auf einen realen Missstand, enthält aber auch eine problematische Verkürzung. Beides verdient Beachtung.

Der Kern des Arguments ist nicht neu, aber berechtigt: Es gibt tatsächlich eine inflationäre Ausweitung des Antisemitismusbegriffs, bei der jede Israel-Kritik reflexartig als antisemitisch eingestuft wird. Auernheimer selbst warnt davor, wie ein „israelbezogener Antisemitismus“ zur Einschränkung von Grundrechten instrumentalisiert wird.

Das ist empirisch belegbar — Re-derverbot für Künstler, Absage von Veranstaltungen, Entlassung von Wissenschaftlern. Wenn der Begriff als politisches Repressionsinstrument eingesetzt wird, beschädigt das paradoxerweise den Kampf gegen den echten Antisemitismus. Zudem ist historisch korrekt, dass der Begriff ursprünglich tatsächlich ein Abwehrbegriff war — geprägt von dem Anarchisten Wilhelm Marr* 1879, zunächst als *Selbstbezeichnung* der Judenhasser, später umgedeutet. (*Marr, Wilhelm – *Der Sieg des Judenthums über das Germanenthum*, Bern 1879)

Der Satz, von Georg Auernheimer, enthält aber eine strukturelle Asymmetrie, die ich nicht unkommentiert lassen möchte. Er stellt zwei Zustände einander gegenüber — *früher* eine schwache, verfolgte Minderheit; *heute* ein unterdrückender Staat — als wären das unverbundene, substituierende Realitäten. Das lässt mehrere Aspekte aus:

Erstens: Die Juden, die heute in Tel Aviv leben, sind nicht dieselben wie die, gegen die sich der historische Antisemitismus richtete — aber sie sind auch nicht einfach an deren Stelle getreten. Die Verbindung zwischen beiden ist keineswegs aufgelöst und sie ist komplex.

Zweitens: Auch wenn man Israels Politik in Gaza scharf verurteilt — und es gibt gewichtige völkerrechtliche Gründe dafür —, bleibt Antisemitismus in Europa als *unabhängiges* Phänomen real und bedrohlich. Jüdinnen und Juden in Deutschland berichten z.B. über massive Anfeindungen, Diskriminierungen und Ausgrenzungserfahrungen und die Empörung über israelische Kriegsverbrechen kann in „echten“ Antisemitismus umschlagen — ohne entsprechenden Informationshintergrund fällt es Menschen schwer, zwischen Israelis und Juden zu unterscheiden.

Drittens: Die Formulierung „ein anderes Volk unterdrückt“ ist politisch präzise gemeint, erzeugt aber sprachlich eine Täter-Opfer Umkehrung, die — auch unbeabsichtigt — genau jene Kurzschlüsse begünstigt, die Auernheimer selbst als problematisch beschreibt.

Auernheimers Hauptdiagnose — dass der Antisemitismusbegriff in Deutschland politisch instrumentalisiert wird und dadurch den echten Antisemitismus eher verschleiert als bekämpft — halte ich für richtig und wichtig.

Die *Art*, wie er es in diesem Satz formuliert, ist argumentativ zu glatt. Eine dialektisch befriedigende Position müsste beides festhalten: die Realität des fortbestehenden Antisemitismus *und* die Realität der israelischen Gewalt gegen Palästinenser — ohne dass das eine das andere auflöst oder legitimiert.

Aufklärungsdenken verlangt, beide Seiten einer Aporie auszuhalten, ohne in eine von beiden zu flüchten.

In der Logik von Habermas' Diskursethik ließe sich argumentieren, dass diskursive Verantwortung nicht nur Wahrheit, sondern auch die vor-

hersehbaren *Verwendungsweisen* einer Aussage einschließt. Ein Intellektueller, der weiß, in welchem Klima er schreibt, trägt Mitverantwortung dafür, wem er ungewollt Munition liefert.

Das macht Auernheimers Kernthese nicht falsch. Aber es macht diese spezifische Formulierung fahrlässig — gerade von jemandem, der das Thema so genau kennt, wie Auernheimer.

Bruno Fey, Putzbrunn

Anzeige

August Thalheimer

Über die Kunst der Revolution
und die Revolution der Kunst



Das Essay Thalheimers entstand Ende der 1940er Jahre im kubanischen Exil. Es beinhaltet Reflexionen zur marxistischen Ästhetik und zur Kritik der damaligen Sowjetunion. Mit editorischen Vorbemerkungen und einer Einführung von Theodor Bergmann.

Broschüre, DIN-A5, 80 Seiten, 6,- €

Arbeiterstimme, Postfach 910307
90261 Nürnberg
redaktion@arbeiterstimme.org

Briefe an die Redaktion

Antwort auf den Leserbrief von F/HU in der Arsti Nr. 230

zur Frage der Novemberrevolution

Der Ausgang der Novemberrevolution von 1918/19 stellt sowohl für die deutsche Geschichte als auch für die kommunistische Bewegung ein Schlüsselereignis dar, dessen Folgen bis in die Gegenwart hinein reichen. Insbesondere für Kommunisten wirft das Scheitern immer noch eine Reihe grundlegender Fragen auf.

F/HU von der *Arbeiterpolitik* hat dazu anlässlich einer Rezension von Emil Berger einen Leserbrief in der jüngsten Ausgabe der *Arbeiterstimme* (Nr. 230) geschrieben, in dem er sich neben der Frage nach dem Charakter des Kaiserreichs (bürgerlich oder vorbürgerlich) insbesondere mit der Kritik auseinandersetzt, die Heiner Karuscheit an dem Revolutionskonzept Rosa Luxemburgs und der damaligen revolutionären Linken geübt hat. Inhaltlich lässt er sich darauf nicht näher ein, sondern verweist auf die „Betonung der Subjektivität“ durch Luxemburg sowie die „Gluthitze der Revolution“, die durch „die Bücherweisheit eines heutigen Historikers“ nicht erfasst werden könne.

Möglicherweise ist ihm nicht bekannt, dass Luxemburg und die Spartakusgruppe nicht einfach unvorbereitet in die „Gluthitze der Revolution“ hineingestolpert sind, sondern klare Vorstellungen von der Politik hatten, die sie in der kurz darauf ausbrechenden Revolution verfolgten. Diese Vorstellungen sind in dem *Revolutionsprogramm der Spartakus-Gruppe und der Bremer Linksradi-kalen* enthalten, das Rosa Luxemburg im Oktober 1918 verfasste (abgedruckt als „*Oktoberprogramm der Spartakusgruppe*“ in: *Revolutionäre deutsche Parteiprogramme*, Dietz-Verlag Berlin 1967, S.101ff). Das Parteiprogramm, das die KPD wenige Wochen danach auf ihrem Gründungs-parteitag verabschiedete, ist damit inhaltlich weitestgehend identisch; es blieb bis zur *Programmerkklärung zur nationalen und sozialen Befreiung 1930* gültig.

Im Zusammenhang mit der Errichtung einer Diktatur des Proletariats forderte das Programm für die Revolution nicht nur die Enteignung der Großindustrie und der Banken etc, sondern darüber hinaus die *Enteignung aller landwirtschaftlichen Betriebe*, ausgenommen bäuerliche Kleinbetriebe, um daraus staatliche Genossenschaften zu machen.

Dieses Revolutionskonzept trug ausgeprägt linksradikalen Charakter und hatte eine elementare Tragweite für den weiteren Verlauf der Ereignisse, denn die Forderung nach Enteignung der Agrarbetriebe musste die Masse der Bauernschaft und darüber hinaus des gesamten Kleinbürgertums, das heißt die Mehrheit der Bevölkerung, zu Gegnern der Spartakus-Revolutionäre machen. Im gleichen Atemzug musste es die Bauern mit den Großgrundbesitzern zusammenschweißen, um gemeinsam mit ihnen das Eigentum am Boden zu verteidigen. In den Freikorps manifestierte sich das Zusammengehen: aufgestellt von der OHL im Auftrag der SPD-Führung, sammelten sich in ihren Reihen großenteils Bauernsöhne.

Dazu kam, dass auch das Heer, das nach dem Waffenstillstand von den Kriegsfrenten unter Waffen in die Heimat zurückströmte, vorwiegend aus Kleinbürgern und Bauern bestand, weil die Arbeiter wegen ihrer Maschinenkenntnisse in erster Linie in der Marine dienten bzw. für die Rüstungsproduktion vom Militärdienst zurückgestellt waren.

Das bedeutet: auf dem Boden des Oktoberprogramms der Spartakusgruppe hatten die Revolutionäre weder politisch noch militärisch eine Chance und (es) war die Revolution zum Scheitern verurteilt. Das Oktoberprogramm war ein Niederlagenprogramm.

Zu dieser Problematik verliert F/HU kein Wort. Statt den seinerzeit begangenen Fehlern auf den Grund zu gehen, zieht er es vor, Karuscheit „in seiner rückblickenden Weisheit“ zu verunglimpfen. Darüber hinaus erhebt er den Vorwurf, Karuscheit wäre für die „*Transformation in eine bürgerliche Republik*“ eingetreten und würde der damaligen Linken vorbehalten, sie hätte „*das Bürgertum verprellt und gegen sich aufgebracht*“.

Wie kommt er zu dieser Behauptung? Tatsächlich vertritt der Autor dieser Zeilen etwas völlig Anderes. Seiner Auffassung nach stand damals die Errichtung einer *demokratischen* (nicht: bürgerlichen!) Republik auf der Tagesordnung, die durch das Proletariat im Bündnis mit dem Kleinbürgertum zu erkämpfen war – gegen Junkertum und Bourgeoisie. Das bedeutete die Enteig-

nung der großen Industrie, der Banken etc. sowie die vollständige Auflösung der Armee und damit die Zerschlagung der Basis des preußisch-deutschen Bismarck-Staats. *Das waren auch die zentralen Forderungen, die der allgemeine Rätekongress im Dezember 1918 aufstellte.*

Indem das Proletariat in einem solchen Kampf, d.h. in einer *demokratischen Volksrevolution*, die Führung über das Kleinbürgertum übernahm (die Bauernschaft eingeschlossen), galt es, die Staatsmacht zu erobern und einen neuen, demokratischen Staat zu errichten, um von dieser Machtposition aus zu geeigneter Zeit zum Sozialismus weiterzugehen. Da diese Gedanken in den Publikationen des Autors problemlos nachzulesen sind, fragt sich, was F/HU dazu bewogen hat, die Position Karuscheits für die Leser der *Arbeiterstimme* zurecht zu biegen, bis daraus die Forderung nach einem Zusammengehen mit der Bourgeoisie zwecks Errichtung einer bürgerlichen Republik geworden ist? Ein Schelm, wer Böses dabei denkt ...

Mit diesen Sätzen soll es sein Bewenden haben. Inwieweit die linken Revolutionäre mit einem anderen Revolutionskonzept in der Lage gewesen wären, das Proletariat zum Sieg zu führen, wissen wir nicht, denn wir können verlorene Schlachten nicht noch einmal schlagen. Was wir jedoch können, ist, unsere vergangenen Niederlagen zu analysieren und Lehren daraus zu ziehen. „*Selbstkritik, rücksichtslose, grausame, bis auf den Grund der Dinge gehende Selbstkritik ist Lebensluft und Lebenslicht der proletarischen Bewegung*“ – das schrieb Rosa Luxemburg.

Da sie aufgrund ihrer Ermordung durch die sozialdemokratisch-junkerliche Konterrevolution nicht in der Lage war, den Fehlschlag ihrer Politik persönlich zu analysieren, muss offenbleiben, welche Lehren sie selber daraus gezogen hätte. Das Scheitern der Revolution jedoch mit ihrer „Subjektivität“ in Verbindung zu bringen, wie F/HU schreibt, heißt nicht nur, einer großen Revolutionärin keine Ehre anzutun. Es heißt vor allem, die elementaren Fragen zu negieren, die die Novemberrevolution über Luxemburg hinaus aufwirft.

Heiner Karuscheit, Januar 2026

Briefe an die Redaktion

Replik auf den Leserbrief zur Rezension von Karuscheits Trilogie

zur neueren deutschen Geschichte in Arbeiterstimme Nr. 230, Winter 2025

Der Autor des Leserbriefes hat recht. Ich schließe mich der Argumentation Karuscheits aus dem ersten Buch seiner Reihe an. Das geschieht aus dem einfachen Grund, dass ich noch keine überzeugendere Erklärung für den 1. Weltkrieg gefunden habe. Als Anhänger des wissenschaftlichen Sozialismus muss man in Kauf nehmen, dass alte Sichtweisen über den Haufen geworfen werden und neue an ihre Stelle treten. Das braucht einem nicht zu gefallen, gehört aber zum Prinzip wissenschaftlichen Arbeitens.

Nun zu den Inhalten des Leserbriefs. Ich beschränke mich auf den Teil, der mit den Gründen für die Auslösung des Krieges zu tun hat. Über den Fortgang der Geschichte kann man sich nach den entsprechenden Rezensionen austauschen.

Auf den ersten Blick beschreibt der Autor die inneren Verhältnisse des Kaiserreichs so wie Karuscheit. Doch an zwei Punkten gibt es gravierende Differenzen. Der eine ist die Frage, welche Klasse die führende Rolle in der Gesellschaft einnahm. Im Leserbrief wird für so etwas wie eine Doppelspitze plädiert. Eine gemeinsame Leitung des Landes durch die Klasse der Junker und der Bourgeoisie. Nun ja, in diesem Fall müsste geregelt sein, wer die endgültige Entscheidung trifft, wenn man sich nicht einig wird.

Historiker verweisen gerne auf das Versprechen von Kaiser Wilhelm II, das er am 6. Juli 1914 dem Industriellen Gustav Krupp in Kiel gab. „Diesmal falle ich nicht um.“¹ Das bezog sich auf den Umstand, dass die Schwerindustrie schon in früheren Jahren den Krieg wollte und sich nicht durchsetzen konnte. Schließt man von dieser Episode auf die Machtverhältnisse zwischen Adel und Großbürgertum wirkt es wie das zwischen Eltern und ihren Kindern. Sie versprechen dem quengelnden Nachwuchs, später ein Eis zu kaufen. Das hat nichts mit einer souveränen Durchsetzung ihrer Interessen durch die Vertreter der Bourgeoisie zu tun.

Im spanischsprachigen Teil des Internets wurde vor einigen Monaten beschrieben, wie die US-Waffenindustrie die Aufnahme ehemaliger Warschauer Pakt Staaten in die NATO bewerkstelligt hat. Sie finanzierten die Wahlkämpfe von Abgeordneten beider Kammern. Sie schufen dann die gesetzlichen Grundlagen, um diese Länder in die NATO aufzunehmen. Gleichzeitig sorgten diese Parlamentarier dafür, dass den bitterarmen Neumitgliedern US-Kredite zur Verfügung gestellt werden. Mit diesem Geld wurden dann Waffen der US-Rüstungsindustrie gekauft. Der Autor des Textes bezeichnet das als legale Korruption.

Eine vergleichbare Beschreibung der Durchsetzung industrieller Interessen, ohne die Möglichkeit zum Veto von Seiten der Junker, würde ich mir von den Gegnern der Analyse Karuscheits wünschen. Wird diese Beweisführung geleistet, ist sein Ansatz hinfällig. Doch mein Streifzug durch die Welt der universitären Geschichtswissenschaft deutet darauf hin, dass man dort keine Grundlage dafür sieht.

Die zweite Differenz zwischen F/HU und Karuscheit betrifft die Frage, ob man der Arbeiterklasse in den Jahren vor dem 1. WK eine Revolte zutraut. Beide sind sich einig, dass die Zusammenarbeit zwischen Bürgertum und Adel in und nach der gescheiterten Revolution von 1848 auf der Furcht vor den sozialen Ansprüchen der Werktätigen basierte. Hier sagt Karuscheit, dass Bismarck mit seiner Sozialgesetzgebung die Arbeiter und ihre Organisationen erfolgreich in den Staat integriert hat. Damit ist die Gefahr einer Revolution entfallen. Die Bourgeoisie hat dadurch die Organisationen der Arbeiterklasse als mögliche Bündnispartner erhalten. Das leistete dem Machtverlust der Junker Vorschub. Für sie war daher der Krieg die einzige Rettung vor ihrem Untergang als Klasse.

Dagegen unterstellt F/HU der damaligen Arbeiterklasse und ihren Organisationen den Willen und die Bereitschaft zu ernsthaftem Widerstand gegen die Herrschenden. In diesem Fall hätte die Basis des Klassenkompromisses bis 1914 fortbestanden. Doch wo war diese Bereitschaft zum Aufstand, als es zum Schwur kam? Wenige Tage vor Kriegsbeginn organisierte die SPD noch Friedensmanifestationen und stimmte dann doch den Kriegskrediten zu! Auch die Basis integrierte sich, sicher nicht begeistert, aber klaglos, in den militärischen Aufmarsch. Nur vereinzelt kann man von jungen Männern lesen, die in den entscheidenden Stunden die Grenze nach Holland überschritten, sich so dem Kriegsdienst entzogen und damit ihr Leben retteten. Hätte es an der Basis der Gesellschaft eine auch nur halbwegs oppositionelle Einstellung gegeben, wäre das eine Massenbewegung gewesen.

Aus den Büchern des Schweizer Historikers Ignaz Miller wird eine Bebel'sche SPD sichtbar, die im Reichstag wortreich gegen Heeresvorlagen agitierte, doch den zur Finanzierung dieser Aufrüstungsprogramme notwendigen Kredite stimmte sie zu.

Bei den Gewerkschaften sah es nicht besser aus. Sie nutzten den Krieg, um ihren Einfluss auszuweiten, dafür unterstützten sie die Erfordernisse der Kriegsproduktion. So zum Beispiel im Zusammenhang mit dem Gesetz zum vaterländischen Hilfsdienst. Da arbeiteten sie mit einem Generalmajor Groener zusammen. Er sollte im weiteren Verlauf der Geschichte eine nicht ganz unwichtige Rolle spielen.

Das sind Beispiele des Verhaltens einer Bewegung, vor der sich die herrschende Klasse wahrlich nicht zu fürchten hatte. Deshalb war die Basis des Klassenkompromisses von Bürgertum und Adel entfallen. Oder will hier wirklich jemand ernsthaft widersprechen?

Emil Berger

¹Zitiert nach Schonauer, Karlheinz; 1914. Protokoll eines gewollten Krieges. Berlin 2012

Rezension Matrix der Arbeit

Ein Genosse aus Göttingen weist uns auf ein interessantes Projekt bzw. Buch hin, das umfangreichen Materialien zur Geschichte und Zukunft der Arbeit bietet.

In ihrer Abhandlung „Deutsche Ideologie“ von 1846 bemerkten Marx/Engels, dass „je mehr die ursprüngliche Abgeschlossenheit der einzelnen Nationalitäten (...) vernichtet wird, desto mehr wird die Geschichte zur Weltgeschichte. (...) Hieraus folgt, dass diese Umwandlung der Geschichte (...) nicht etwa eine bloße abstrakte Tat (...) des Weltgeistes ist, sondern eine ganz materielle, empirisch nachweisbare Tat, eine Tat, zu der jedes Individuum, wie es geht und steht, isst, trinkt und sich kleidet, den Beweis liefert.“

Unter welchen Umständen die Reproduktion des menschlichen Lebens, insbesondere seit 300 000 Jahren, stattfand, liefert die auf 447 Seiten geratene „Kurzfassung“ der Materialien zur Geschichte und Zukunft der Arbeit reichhaltiges Material. Es geht über vier Epochen, angefangen bei der Wildbeutergesellschaft, über Agrikulturgesellschaften mit

hierarchisch-feudaler Ausprägung und den Übergang durch Märkte und Kaufmannskapital hin zur kapitalistischen Marktwirtschaft. Begleitet von einer Fülle an bekräftigenden Schaubildern, Grafiken und Tabellen ist diese Publikation des Dietz-Verlags bestens geeignet, aus dichtester historischer Kenntnis heraus zukünftige Trends zu erkennen, unter denen z.B. eine allgemeine 30-Stunden-Woche greifbar, wenn nicht notwendig erscheint.

Ist es nicht eine eher kurze Sicht, die derzeit in vordergründiger Empörung über Gewalt und Unrecht innerhalb einer sich „links“ wählenden Szenerie den Blick auf wesentliche Tendenzen vermissen lässt? Dieser Buchtitel kann helfen, weiterführende Ansatzpunkte emanzipatorischer Bestrebungen zu erkennen, somit Geschichte bewusster selbst zu machen.

Die Materialien wurden von „Institut für die Geschichte und Zukunft der Arbeit“ (IGZA) erarbeitet. Das IGZA wird von einer gemeinnützigen Stiftung getragen, die vom Gewerkschafter Horst Neumann gegründet wurde. Horst Neumann war unter

anderem auch Arbeitsdirektor bei mehreren großen Firmen.

Die Kurzform ist als Buch im Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn erschienen.



Matrix der Arbeit, Bonn 2024, 448 Seiten, 24 Euro

Im Internet findet sich eine wesentlich umfangreichere Version (7 Bände), die als PDF auch allgemein verfügbar ist.

<https://www.igza.org/projekt/matrix-der-arbeit/>

Anzeige

Wieder Lieferbar:

Die Bremer Linksradikalen



Aus der Geschichte der Bremer Arbeiterbewegung bis 1920
Bremen 1980, 65 Seiten, Broschur.
3,- Euro

Bestelladresse:
Arbeiterstimme, Postfach 910307
90261 Nürnberg
oder: redaktion@arbeiterstimme.org

Anzeige

August Thalheimer:

1923

eine verpasste Revolution?

Die deutsche Oktoberlegende und die wirkliche Geschichte von 1923



Nachdruck, 44 Seiten, 1,50 €
Arbeiterstimme
Postfach 910307
90261 Nürnberg

oder:
redaktion@arbeiterstimme.org

Literaturliste

K. H. Tjaden: Struktur und Funktion der KPD-Opposition eine Untersuchung zur „Rechtsopposition“ im deutschen Kommunismus zur Zeit der Weimarer Republik, SOAK-Verlag	1983, 234 Seiten , 14,00 €
Die Bremer Linksradikalen	66 Seiten, 3,00 €
Isaac Abusch: Erinnerungen und Gedanken eines oppositionellen Kommunisten (Hrsg. Achim Kowalczyk)	Sonderpreis 192 Seiten, 5,00 €
Einführung in den dialektischen Materialismus Vorträge an der Sun-Yat-Sen-Universität Moskau (August Thalheimer)	1927, 191 Seiten, 1993, 5,00 €
Zurück in die Eierschalen des Marxismus? Zum Existentialismus als bürgerliche Philosophie (August Thalheimer)	44 Seiten, 3,00 €
1923, eine verpaßte Revolution? Die deutsche Oktoberlegende und die wirkliche Geschichte von 1923 (August Thalheimer)	1931, 32 Seiten, 1,50 €
Um was geht es? Zur Krise der KPD (August Thalheimer) (z.Z. leider nicht lieferbar)	1929, 32 Seiten, 1,50 €
Plattform der Kommunistischen Partei Deutschlands (Opposition)	1931, 75 Seiten, 3,00 €
Wie schafft die Arbeiterklasse die Einheitsfront gegen den Faschismus? Eine kritische Untersuchung der Fragen: 1. Warum sind reformistische Methoden untauglich zum Kampf gegen den Faschismus? 2. Warum hat die bisherige kommunistische Taktik im Kampf gegen den Faschismus versagt, und wie muß sie geändert werden? (August Thalheimer)	1932, 34 Seiten, 1,50 €
Der Zusammenbruch der Weimarer Republik - und was weiter?	1932, 27 Seiten, 1,50 €
Volksfrontpolitik , ihre Ursachen und Folgen am Beispiel Frankreichs und Spaniens. Artikel aus dem „Internationalen Klassenkampf“ von 1935 - 1939. Eingeleitet von der Gruppe Arbeiterpolitik	1974, 95 Seiten, 2,50 €
Fluchtpunkte , Nürnberg und Bremen – Zwei Hochburgen der deutschen Arbeiterbewegung	316 Seiten, 20 €
Die Potsdamer Beschlüsse , Eine marxistische Untersuchung der Deutschlandpolitik der Großmächte nach dem 2. Weltkrieg (August Thalheimer)	1945, 32 Seiten, 1,50 €
Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach dem 2. Weltkrieg (August Thalheimer)	1946, 27 Seiten, 1,50 €
Weißer Flecken , Über die Geschichte der Sowjetunion, u. a. Neue Ökonomische Politik, Industrialisierung, Kollektivierung, Opposition und Prozesse, Massensäuberungen, Belagerte Festung	1991, 72 Seiten, A4, 4,00 €
August Thalheimer and German Communism – Revolutionary History	320 Seiten, 15 €
Grundlagen der Einschätzung der Sowjetunion (August Thalheimer)	1952, 43 Seiten, 1,50 €
Die Sowjetunion und die sozialistische Revolution (Heinrich Brandler)	1950, 140 Seiten, 5,00 €
Über die sogenannte Wirtschaftsdemokratie (August Thalheimer),	1928, 54 Seiten, 2,00 €
Der Weg der Gewerkschaften , Um eine richtige kommunistische Politik nach dem 2. Weltkrieg (Waldemar Bolze)	1948, 181 Seiten, 4,00 €
Ostblock - Westblock , Internationale monatliche Übersichten 1945 - 48 (August Thalheimer)	7,50 €
Der Faschismus in Deutschland , Analysen und Berichte der KPD-Opposition	1928- 1933, 295 Seiten, 8,00 €

Bestellungen an: Arbeiterstimme, Postfach 91 03 07, D-90261 Nürnberg oder redaktion@arbeiterstimme.org

Anzeige



ROTE HILFE e.V.

Die Rote Hilfe e.V. ist eine parteiunabhängige, strömungsübergreifende linke Schutz- und Solidaritätsorganisation. Die Rote Hilfe organisiert nach ihren Möglichkeiten die Solidarität für alle, unabhängig von Parteizugehörigkeit oder Weltanschauung, die in der Bundesrepublik Deutschland aufgrund ihrer politischen Betätigung verfolgt werden.

Online Beitritt



Spendenkonto:
Rote Hilfe e.V.
Sparkasse Göttingen
IBAN: DE25 2605 0001 0056 0362 39
BIC: NOLADE21GOE

info@rote-hilfe.de ★ rote-hilfe.de



DIE ROTE HILFE erscheint viermal im Jahr und kostet 2 Euro, im Abonnement 10 Euro im Jahr. Für Mitglieder der Roten Hilfe e.V. ist der Bezug der Zeitung im Mitgliedsbeitrag inbegriffen.

Gefangene erhalten die Zeitung kostenlos.

Schwerpunkt 1/2026: Betriebsrepression

**Solidarität organisieren
Mitglied werden!**



Der spanische Bürgerkrieg



Die Niederlage der spanischen Republik 1939 war eine Niederlage für die spanische und internationale Arbeiterbewegung und ist bis heute Thema ungezählter Bücher.

Die Aufsätze in dem vorliegenden Buch sind erstmalig in der *Arbeiterstimme* in den Ausgaben September 1986 bis Okto-

ber 1987 veröffentlicht und später in einer Broschüre zusammengefasst worden.

Uns war es wichtig diese längst vergriffene Broschüre mit einigen Ergänzungen neu aufzulegen.

Denn es handelt sich um eine der seltenen Darstellungen der Ereignisse in Spanien aus der Sicht der KPO (Kommunistische Partei – Opposition), bzw. der sich in diese Tradition stellenden Gruppe. Die Position dieses Teils der Arbeiterbewegung wird in der bis heute andauernden Diskussion kaum zur Kenntnis genommen. Im Anhang werden einige Diskussionsbeiträge aus unserer Zeit dokumentiert. Die Kämpfe in Barcelona im Mai 1937, und die Kontroverse um den „Fall Maurin,“ werden unter Verwendung erst jetzt zugänglicher Materialien dargestellt.

Wir sehen dieses Buch auch als einen Beitrag zur Diskussion über eine der Ursachen, die zur weltweiten Niederlage der Arbeiterbewegung und der Ansätze zum Sozialismus geführt haben.

240 Seiten, Paperback, 12,- €
ISBN 3-00-010296-5
Herausgegeben von der *Gruppe Arbeiterstimme*

Silke Makowski

„Helft den Gefangenen in Hitlers Kerkern“ Die Rote Hilfe Deutschlands in der Illegalität ab 1933



Der antifaschistische Widerstand der Roten Hilfe Deutschlands (RHD) ist bisher weitgehend unbekannt, obwohl sich Zehntausende AktivistInnen aus verschiedenen sozialistischen Strömungen daran beteiligten. Spendensammlungen für die politischen Gefangenen, interner

Zeitungsverkauf sowie Flugblattverteilung gegen den NS-Terror fanden selbst in kleineren Orten statt, während in größeren Städten noch über Jahre hinweg ein gut organisierter illegaler Apparat existierte, der die Arbeit der Basiszellen koordinierte. Durch internationale Kontakte konnten weltweite Freilassungskampagnen initiiert und die Flucht von Verfolgten organisiert werden. Zahllose Rote HelferInnen wurden für ihren Widerstand zu hohen Strafen verurteilt, und viele von ihnen wurden von den Nazis ermordet.

Die Broschüre zeigt die Bandbreite des Widerstands der Roten Hilfe gegen den NS-Terror auf und regt durch viele Beispiele aus verschiedenen Städten und Regionen zur eigenen Spurensuche vor Ort an.

Schriftenreihe des Hans-Litten-Archivs zur Geschichte der Roten Hilfe – Band I
DIN A 4, 120 Seiten, 7,- Euro
ISBN 3-9809970-4-9

Faschismus in Deutschland



Analysen und Berichte der KPD-Opposition 1928 bis 1933

Herausgegeben und eingeleitet von der Gruppe Arbeiterpolitik
296 Seiten, Klebebindung. 8,00 €.

Wieder lieferbar:

Die Bremer Linksradikalen



Aus der Geschichte der Bremer Arbeiterbewegung bis 1920

65 Seiten, Broschur. 3,- €.

Bestelladresse:
Arbeiterstimme, Postfach 910307
90261 Nürnberg
oder: redaktion@arbeiterstimme.org

Bestelladresse:
Arbeiterstimme, Postfach 910307
90261 Nürnberg
oder:
redaktion@arbeiterstimme.org